



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Prüfstein Paris

UN-Klimagipfel: Stabilisierung der Trendwende?

Von Christoph Bals, Sönke Kreft, Lutz Weischer

Nachdem die erste Dekade des Jahrhunderts mit massivem Anstieg der Treibhausgasemissionen ein verlorenes Jahrzehnt für den Klimaschutz war, gibt es in jüngster Zeit erstmals gewisse Anzeichen für eine Trendwende:

- Seit 2012 flacht der Anstieg der globalen Emissionen ab. Im Jahr 2014 stagnierten diese nach den vorläufigen Zahlen der IEA erstmals, obwohl es keine globale Wirtschaftskrise gab, die eine solche Entwicklung ansonsten erklären könnte.
- Es mehren sich die Anzeichen, dass erneuerbare Energien (Wind und Sonne) in vielen Teilen der Welt im direkten Vergleich

mit Kohlestrom wettbewerbsfähig werden. Entsprechend steigen die Investitionen in erneuerbare Energien weltweit stark an. Der Handlungsspielraum in der Klimapolitik wächst.

- In China, das in den letzten 15 Jahren den Emissionstrend der Welt maßgeblich beeinflusst hat, wurde letztes Jahr erstmals seit Jahrzehnten weniger Kohle als im Vorjahr verbrannt.
- Auch in Indien bremsen Unsicherheit bei Investoren und Bürgerproteste das Wachstum der Kohleverstromung stark ab. Zwischen 2012 und 2014 sind „nur“

noch 10 GW Kohlekraft in Bau gegangen. Ursprünglich waren Kohlekraftwerke mit insgesamt bis zu 513 GW in der Planung und Vorplanung.

Doch all das sind Anzeichen, kein stabiler Trend mit ausreichender Geschwindigkeit in Richtung der notwendigen Transformation. Das Pariser Abkommen sollte daher ein klares Signal für Investoren und Regierungen weltweit setzen: Die Zeit der fossilen Brennstoffe endet bis Mitte des Jahrhunderts. Es ist der gemeinsame Wille der Regierungen, den Übergang zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz zu

→ weiter auf [Seite 3](#)



Foto: Jürgen Maier



Foto: Presidential Press Office



Foto: Golden Girls Filmproduktion

Schwerpunkt Klimapolitik

- Klimagipfel in Paris → [Seite 1](#)
- Zur Rolle der NRO → [Seite 6](#)
- Zur Bedeutung der Weltklimakonferenzen → [Seite 8](#)

Internationales

- Konferenz für Entwicklungsfinanzierung → [Seite 5](#)
- Die Türkei zwischen den Wahlen → [Seite 10](#)

NRW

- Faire Beschaffung → [Seite 12](#)
- Eine-Welt-Filmpreis → [Seite 14](#)

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

am 6. und 9. August jährten sich zum 70. Mal die Atombombenabwürfe der USA über Hiroshima und Nagasaki. Sie waren die ersten und bisher einzigen Atombomben, die in einem Krieg eingesetzt wurden. 90.000 bis 120.000 Menschen waren sofort tot, bis zum Jahresende 1945 starben nach unterschiedlichen Schätzungen weitere 130.000 bis 235.000 Menschen. Am 2. September 1945 unterzeichnete Japan die Kapitulationsurkunde auf dem Kriegsschiff USS Missouri in der Sagami-Bucht vor Tokio. Damit endete der 2. Weltkrieg auch in Asien.

Bis heute wird über den Sinn dieses Atomwaffeneinsatzes gestritten. Die USA hatten längst die Lufthoheit über Japan. Mit ihren Bomberflotten hatten sie die meisten japanischen Städte zerstört, eine japanische Flotte existierte praktisch nicht mehr. Die USA bereiteten sich auf die Invasion der japanischen Hauptinseln vor. 90 Tage vor dem Atombombenabwurf trafen sich der amerikanische Präsident Truman, der sowjetische Staats- und Parteichef Stalin und der britische Premier Churchill bei der Potsdamer Konferenz, dort berieten sie auch über die weitere Verfahrensweise gegen Japan. Bis zu diesem Zeitpunkt wünschten die USA und Großbritannien einen möglichst baldigen Kriegseintritt der Sowjetunion gegen Japan. Im Laufe der Konferenz erfuhr Truman vom erfolgreichen Test der ersten Atombombe in der Wüste von New Mexico. Von da

an wollte er die Kapitulation Japans noch vor dem Kriegseintritt der Sowjetunion erzwingen.

Vor allem in den USA wird der Atombombeneinsatz damit gerechtfertigt, dass ein konventioneller Sieg über Japan das Leben bis zu einer Million amerikanischer Soldaten gekostet hätte. Außerdem hatte das Land für die Entwicklung der Atomwaffen etwa 2 Milliarden Dollar aufgebracht, und dieser Einsatz sollte nun auch ein praktisches Ergebnis haben. Andererseits hatte Japan bereits vor der Potsdamer Konferenz die Sowjetunion um die Vermittlung von Friedensgesprächen gebeten. Und die extrem hohen Zahlen möglicher amerikanischer Verluste bei einem Kampf mit konventionellen Waffen werden von vielen Experten als reines Rechtfertigungsmanöver bezeichnet.

Der Atomwaffeneinsatz mündete in das atomare Wettrüsten. Die Sowjetunion zündete ihre erste Atombombe im August 1952, Großbritannien im Oktober 1952, Frankreich 1960, die Volksrepublik China 1964. Später entwickelten auch Indien, Israel, Pakistan und Nordkorea Atomwaffen. Auf dem Höhepunkt des Wettrüstens verfügten die USA und die UdSSR zusammen über 70.000 Kernwaffen, mit denen man die Menschheit vieltausendfach auslöschen konnte.

Von Anfang an gab es Bestrebungen, die Verbreitung von Kernwaffen zu beschränken bzw. sie wieder ganz abzuschaffen. Ein erster Erfolg war ein Abkommen von 1963, mit dem Tests in der Atmosphäre, im Meer und im Weltraum verboten wurden. 1968 initiierten die USA, die UdSSR, Großbritannien und die Volksrepublik China den Atomwaffensperrvertrag. Mit ihm haben sich die Atommächte verpflichtet, „Verhandlungen zu führen [...] über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung“ ihrer Kernwaffen „unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle“. Die anderen Unterzeichnerstaaten verzichten auf die Entwicklung oder den Erwerb von Atomwaffen. Der Vertrag garantiert jedoch allen Staaten das Recht auf friedliche Nutzung der Kernenergie. Nur vier Staaten haben ihn nicht unterzeichnet: Israel, Indien, Pakistan und Südsudan. Außerdem hat Nordkorea im Jahr 2003 seinen Austritt erklärt.

Der Vertrag wird vor allem in der Hinsicht kritisiert, dass er zwar erlaubt, Sanktionen

gegen diejenigen Staaten ohne Atomwaffen auszuüben, die verdächtigt werden, Atomwaffen zu entwickeln, während er jedoch keine Handhabe bietet, die Atommächte zur atomaren Abrüstung zu zwingen. Dabei hilft ihnen, dass sie als Vetomächte des UN-Sicherheitsrates derartige Beschlüsse verhindern können.

Immerhin haben die USA und die Sowjetunion bzw. Russland seit Ende der 1960er-Jahre in mehreren bilateralen Verträgen die Reduzierung ihrer Kernwaffen vereinbart, sodass die Zahl nach Angaben der Federation of American Scientists (April 2015) auf etwa 15.700 gesunken ist. Allerdings gehen diese Reduzierungen zum Teil mit Modernisierungen einher, wie der Entwicklung kleinerer und zielgenauerer Kernwaffen.

Wie mühselig das Abrüsten ist, zeigt der Konflikt um das iranische Atomprogramm. Unter Berufung auf den Atomwaffensperrvertrag nahm der Iran das Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie in Anspruch und wehrte sich gegen die Forderung, die Urananreicherung einzustellen. Da er aber verdächtigt wurde und wird, Atomwaffen zu entwickeln, wurde er viele Jahre lang mit scharfen Sanktionen belegt. Der im Jahr 2002 begonnene Verhandlungsprozess der Vetomächte des UN-Sicherheitsrates und Deutschlands mit dem Iran führte schließlich am 14. Juli 2015 zu einer Vereinbarung, deren Umsetzung aber noch an der republikanischen Mehrheit des amerikanischen Kongresses scheitern kann. Die Vereinbarung wird auch von Israel attackiert, einem Land, das nach Schätzungen der „Carnegie Endowment for International Peace“ bereits 2007 über 100 bis 170 Atombomben verfügte. Die Ungleichheit der gegenüber Iran und Israel angelegten Maßstäbe springt ins Auge.

Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und den NATO-Staaten macht es derzeit nicht wahrscheinlich, dass die Reduzierung der Atomwaffen in absehbarer Zeit substanzielle Fortschritte macht. So wird es wohl leider noch häufig geschehen, dass die Gedenkveranstaltungen in Hiroshima und Nagasaki vergebliche Appelle zu atomarer Abrüstung an die Menschheit richten.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Eberhard Neugebohm



Foto: alg-images

Diese Armbanduhr wurde in Hiroshima gefunden.
Sie steht auf 8:15 – die Minute, in der die Atombombe detonierte.

Prüfstein Paris

→ Fortsetzung von Seite 1

organisieren. Auch mit Vereinbarungen zum kooperativen Handeln (etwa der finanziellen und technischen Kooperation) kann die Transformation durch Paris beschleunigt und abgesichert werden.

Die zentralen Konflikte

Das Klimapaket in Paris soll Ergebnisse auf fünf Ebenen bringen:

Erstens soll das Langfristziel, den globalen Temperaturanstieg auf weniger als zwei Grad zu begrenzen, in ein Investitionssignal heruntergebrochen werden: Es geht darum, zügig aus Kohle, Öl und Gas auszusteigen. Es ist der Verdienst des G7-Gipfels von Elmau, dies weltweit auf die Agenda gesetzt zu haben.

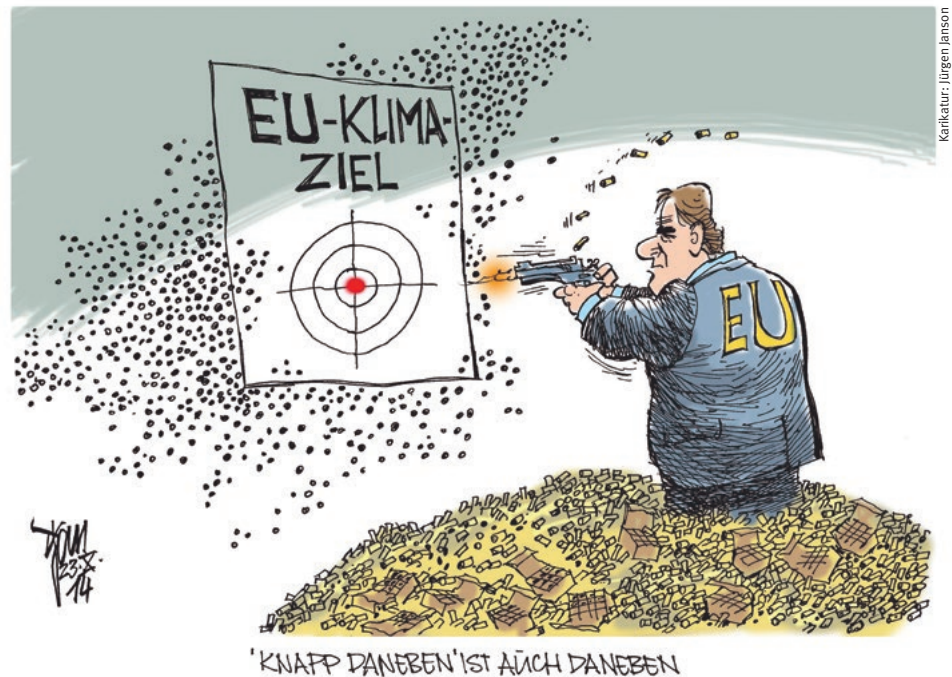
Zweitens sollen im Anhang zum Abkommen für alle Staaten die Minimal-Klimaschutzziele (Intended Nationally Determined Contributions) bis 2025 und 2030 festgehalten werden.

Drittens soll der rechtlich verbindliche Teil des Abkommens die Vergleichbarkeit und Rechenschaftspflicht der Staaten sichern sowie im 5-Jahresrhythmus Nachbesserungsrunden für die Ziele vorsehen. Dies soll die Lücke zwischen den vorgelegten Zielen und dem Langfristziel schrittweise schließen.

Viertens wird es eine Reihe von Einzelentscheidungen geben. Diese beziehen sich einerseits auf die Zeit, bevor das Abkommen 2020 in Kraft tritt – zum Beispiel, wie die Industrieländer den Aufwuchs der Klimafinanzierung organisieren wollen. Andererseits geht es um Ausführungsbestimmungen und institutionelle Klärungen für das Abkommen.

Fünftens soll es, um zusätzlich Schwung zu erzeugen, eine Aktionsagenda für Staaten, aber auch Bundesstaaten, Städte, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Akteure geben.

Die meisten großen Emittenten haben bereits die von ihnen intendierten Klimaziele vorgestellt, andere werden dies im Herbst tun. Dabei zeichnet sich ab, dass die Welt nach Paris von einem Pfad, der zu einem globalen Temperaturanstieg von 4 Grad führt, auf einen 3-Grad-Pfad umgeschwenkt sein könnte (siehe die Bewertung des climateactiontracker.org). Zwischen den Risiken einer 3-Grad- und einer 4-Grad-Zukunft liegen Welten. Immerhin. Aber damit ist auch klar, dass noch eine dramati-



sche Lücke klaffen wird zum Ziel, unkalkulierbare Großrisiken abzuwenden durch Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2, wenn nicht gar 1,5 Grad. Obwohl sich in China und den USA positive Trendwenden abzeichnen, reichen diese bislang ebenso wenig wie die von der EU vorgelegten Ziele aus, um dieses Langfristziel zu erreichen. Man wird sehen, ob im Herbst noch ein Ruck durch die wichtigsten Emittentenstaaten gehen wird, um die Ziele nachzubessern.

Großer Nachholbedarf

Wie kann Paris, trotz des verlorenen Jahrzehnts bis 2010, die Weichen in Richtung 2-Grad-Ziel stellen? Von zentraler Bedeutung sind dabei die folgenden Aspekte:

Paris kann das wissenschaftlich wichtige, aber ökonomisch bedeutungslose 2-Grad-Limit in ein Investitionssignal umwandeln. Ab jetzt geht es um den Ausstieg aus Kohle, Teersand, Öl und Gas. Erneuerbare Energien sollen Mitte des Jahrhunderts die Energieerzeugung dominieren. Die massive Kostenreduktion bei erneuerbaren Energien gibt hier neuen Handlungsspielraum.

Die vereinbarten Minimalziele von Paris werden alle fünf Jahre nachgebessert. Wichtig sind die Regeln dafür: regelmäßige Nachbesserungsrunden, bei denen Ziele verschärft, aber nicht abgeschwächt werden können.

Es werden, rechtlich verbindlich, verbesserte Transparenz- und Rechenschaftspflichten in Bezug auf Klimaschutz- und Klimafinanzierungsbemühungen sichergestellt. Hier handelt es sich nicht um eine technische Feinheit.

Transparenz- und Rechenschaftspflichten sind ebenso die Grundlage für Vertrauensaufbau wie dafür, Monitoring und Nachbesserungsrunden zu organisieren. Dies gilt auch in Bezug auf die Finanzierung, die die armen Länder bei Klimaschutz und -anpassung unterstützen soll. Um in eine Aufwärtsspirale „Ambition treibt Finanzierung, Finanzierung treibt Ambition“ zu kommen, ist Transparenz bei Geber- und Nehmerstaaten die Grundlage.

Es muss klar werden, dass auf Staaten mit viel Wohlstand und Emissionen deutlich größere Unterstützungsleistungen für die betroffenen Staaten und Regionen zukommen, wenn die globale Temperatur um mehr als 1,5 Grad bzw. 2 Grad steigen wird. Bei einer Reihe der dann zu erwartenden Großrisiken gerät Anpassungspolitik an ihre Grenzen. Unbewohnbar werdende, heute dicht besiedelte Küstenregionen ebenso wie massive Ernteausfälle gehören zu den möglichen Folgen. Nach der Klimarahmenkonvention sind Staaten mit großen finanziellen Ressourcen bzw. hohen Emissionen besonders gefragt. Es ist zu erwarten, dass der Verhandlungsprozess um „Schäden und Verluste“ den notwendigen Druck aufbauen wird, auch wenn die Industrie- und einige Schwellenländer massiv bremsen werden. Es wird auch um konkrete Initiativen gehen, die jetzt schon helfen können. Deutschland trägt hier eine besondere Verantwortung, denn es hat im Rahmen der G7 eine Klimaversicherungsinitiative initiiert, die zum Beispiel soziale Sicherheitsnetze in Afrika stützen soll. Bei guter Umsetzung kann eine solche Initiative in Paris ein wichtiger Beitrag sein.

→ weiter auf Seite 4



Foto: Marius Becker

Demonstration gegen den Braunkohletagebau Garzweiler am 15. August 2015. Polizisten haben Braunkohlegegner eingekesselt.

Ein wirkungsvolles Abkommen und die Bereitschaft zum Nachbessern setzen einerseits voraus, dass die Einzelstaaten entsprechend ihrer wirtschaftlichen Fähigkeiten das ihnen Mögliche tun, um einen gefährlichen Klimawandel abzuwenden. Andererseits müssen sich die Staaten fair (bzw. im gleichen Maße unfair) behandelt fühlen. Die Klimarahmenkonvention spricht von einer „gemeinsamen, aber differenzierten“ Verantwortung. Bislang wurde dabei zwischen Industrie- und Entwicklungsländern unterschieden. Angesichts der veränderten Weltverhältnisse passt diese grobe Schablone nicht mehr, sie war einer der Gründe für das Scheitern des Klimagipfels von Kopenhagen (2009). Der pragmatische Weg einer reinen Selbstdifferenzierung, der derzeit am wahrscheinlichsten ist, birgt die Gefahr von Trittbrettfahrern. Zumindest für die etwa fünfzig Staaten mit mehr als einem Prozent der globalen Emissionen sollte es ausreichend Druck oder Spielregeln geben, die eine angemessene, quantifizierbare Beteiligung sicherstellen.

Positionen der wichtigsten Akteure

Ein Kollaps der Verhandlungen wie in Kopenhagen ist für Paris unwahrscheinlich. Trotzdem ist keineswegs sicher, dass ein wirkungsvolles Abkommen und die notwendigen Entscheidungen erreicht werden. Trotz positiver Bewegung in der Klimapolitik haben alle großen Emittenten auch dicke Probleme. Die USA haben mit einer Verdoppelung des Reduktionstempos zwar ein relativ ambitioniertes Klimaschutzziel vorgelegt, aber die republikanische Opposition

hängt wie ein Klotz am Bein. China betreibt zwar eine faszinierende Politik zur Eindämmung der Kohle und für Investitionen in erneuerbare Energien. Wie andere Schwellenländer auch will das Land aber international weniger zusagen, als sich national abzeichnet. Man will sich von den Industrieländern nicht Reduktionen vorschreiben lassen, die möglicherweise die Entwicklung behindern. Chinas Verhandlungsposition und die anderer wichtiger Schwellen- und Ölländer in einer eigenen Verhandlungsgruppe ist weit weniger konstruktiv als ihre Klimapolitik zuhause.

Die EU hat ihre Führungsrolle – was Dynamik für den Klimaschutz angeht – abgegeben. Ihr Ziel, die Emissionen in der EU um 40 Prozent bis 2030 zu reduzieren, ist nicht genug für einen 2-Grad-Pfad. Und wegen interner Blockaden insbesondere durch Polen ist sie derzeit auch nicht in der Lage, die notwendigen Zyklen von fünf Jahren für die Nachbesserung der Klimaziele zu unterstützen.

Eine Schlüsselfrage für Paris ist, ob es bei

den Verhandlungen zu einer Allianz progressiver Entwicklungs- und Industrieländer kommt. Angesichts ihrer eigenen schwachen Ziele wird es der EU schwer fallen, hier die notwendige Rolle zu spielen. Deutschland ist deshalb besonders gefragt. Die Staaten, die ein schwaches Abkommen wollen, werden hingegen alles tun, um die Verhandlungen zu verzögern. Mehr Verzögerung heißt: Weniger Inhalt schafft es in das Abkommen.

Messlatte für den Erfolg

Den Erfolg von Paris wird man in zwei Stufen bewerten müssen. Zunächst Mitte Dezember nach der Konferenz: Wurden die wesentlichen Verhandlungsziele erreicht? Und dann ein, zwei Jahre später: Konnten die Anzeichen für eine Trendwende zu einem wirklichen Trend stabilisiert und im ausreichenden Maße beschleunigt werden? Ohne den notwendigen Druck und intelligente Vorschläge aus der Zivilgesellschaft wird dies nicht gelingen.



Fotos: Germanwatch

Christoph Bals ist Politischer Geschäftsführer von Germanwatch und Mitglied in mehreren Steuerungs- und Beratungsgremien, u. a. im Sprecherrat der Klima-Allianz Deutschland. Sönke Kreft und Lutz Weischer leiten bei Germanwatch das Team Internationale Klimapolitik. Germanwatch engagiert sich seit 1991 für Nord-Süd-Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und legt den Fokus auf die weltweiten Auswirkungen von Politik und Wirtschaft des Nordens.



Wir lassen uns nicht unterkriegen! NRO-Aktion zum Abschluss der Konferenz in Addis Abeba

Foto: Christian Freymeyer, Financial Transparency Coalition

prozesse. Zwar ist unstrittig, dass private ausländische Investitionen eine Rolle bei wirtschaftlichen Entwicklungen im globalen Süden spielen. Wenn für ihre Mobilisierung jedoch öffentliche Mittel der Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden, dann müssen sorgfältige Vorab-Prüfungen stattfinden, ob die Investitionen tatsächlich z.B. armutsreduzierende Wirkung haben. Solche Instrumente kamen in Addis Abeba nur am Rande zur Sprache. Vielmehr wurden in Dutzenden Veranstaltungen verschiedene Initiativen vereinbart, die auf die Mobilisierung zusätzlicher privater und öffentlich-privater Mittel abzielen.

Verbunden mit der Bewertung von Investitionen ist auch die Frage nach der Verbindlichkeit von Standards der Unternehmensverantwortung. Kann die Achtung der Menschenrechte wirklich auf Freiwilligkeit beruhen, wie das Ergebnis von Addis Abeba andeutet? Wir brauchen verbindliche Standards für Unternehmen und öffentlich-private Partnerschaften, um die Achtung der Menschenrechte durch transnationale Unternehmen sicherzustellen. Auch die Bundesregierung muss sich endlich an den Diskussionen um ein rechtsverbindliches UN-Abkommen beteiligen.

Ob die Konferenz von Addis Abeba ein gelungener Start ins Gipfeljahr 2015 war, wird sich erst entscheiden lassen, wenn die Ergebnisse von New York und Paris vorliegen. Das allgemein niedrige Ambitionsniveau der „Addis Ababa Action Agenda“ lässt allerdings keine überbordenden Hoffnungen aufkommen. Ermutigend ist, dass die internationale Zivilgesellschaft so gut zusammengearbeitet hat und so geschlossen aufgetreten ist wie selten. Wenn wir jetzt nicht locker lassen, ist der Prozess mit Addis Abeba nicht zu Ende gegangen, sondern hat hier erst begonnen.

→ Weitere Informationen zur Reaktion der Zivilgesellschaft auf Addis Abeba unter <https://csoforffd.wordpress.com/>



Wolfgang Obenland ist Programmkoordinator des Global Policy Forums in Bonn und unter anderem zuständig für Finanz- und Steuerpolitik.

Schwieriger Start ins Gipfeljahr 2015?

Zivilgesellschaft kritisiert Ergebnisse der

3. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung

Von Wolfgang Obenland

Am 16. Juli 2015 ist in Addis Abeba das Abschlussdokument der 3. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung verabschiedet worden. Die „Addis Ababa Action Agenda“ sollte Maßnahmen und strukturelle Voraussetzungen auf den Weg bringen, um die Finanzierung der später im Jahr zu verabschiedenden Klima- und Nachhaltigkeits-Agenden sicherzustellen. Auf dem Programm standen zahlreiche Themenfelder, von der Mobilisierung heimischer Ressourcen über die stärkere Einbindung privater Investitionen bis hin zu Fragen des globalen Finanzsystems, des Welthandels und des Austauschs von Technologien. Trotz der Bedeutung dieser Themen war klar, dass man sich bei den Ergebnissen mit wenig Konkretem begnügen musste – wie schon bei den Vorgängerkonferenzen von Monterrey (2002) und Doha (2008).

Aus Sicht zivilgesellschaftlicher Organisationen ist das Ergebnis der Konferenz enttäuschend. Weder im Steuerbereich noch in den Themengebieten Verschuldung, Reform der globalen Finanzarchitektur oder Unternehmensregulierung kam es zu maßgeblichen Ergebnissen. Im Gegenteil scheint sich nach Addis Abeba der Trend fortzusetzen, dass die Regierungen sich bei der Umsetzung der Entwicklungsfinanzierungs- und Nachhaltigkeitsagenden zunehmend aus der Verantwortung stehlen.

Kleine Lichtblicke gibt es im beschlossenen Umsetzungsprozess: Künftig werden die Staaten in einem Forum für Entwicklungsfinanzierung jährlich über die Fortschritte beraten. Das lässt immerhin Raum für weitere politische Entscheidungen über Systemreformen.

Keine UN-Kommission zur Steuerkoordination

Fast gescheitert wären die Verhandlungen in Addis Abeba an Differenzen über den Vorschlag, eine zwischenstaatliche Kommission für die globale Kooperation in Steuerfragen zu schaffen. Die Kommission sollte vor allem dafür sorgen, dass Länder des globalen Südens an den politischen Prozessen zur Bekämpfung von Steuervermeidung und -hinterziehung gleichberechtigt beteiligt werden. Der Vorschlag wurde letztlich blockiert durch die Länder des globalen Nordens gegen den Willen der G77 (die Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer) und vieler Nichtregierungsorganisationen. Ohne eine UN-Kommission unter Beteiligung aller Staaten werden die Entwicklungsländer auch weiterhin nur am Katzentisch politischer Entscheidungen in der OECD sitzen. Das Problem ist aber, dass gerade sie die Leidtragenden sind und jährlich Milliarden Dollar durch Steuerflucht und Steuervermeidung verlieren. Mit dem Konferenzergebnis werden auch weiterhin mehr als die Hälfte aller Staaten von Entscheidungen über globale Steuerstandards ausgeschlossen bleiben.

Keine Verbindlichkeit bei Unternehmensverantwortung

Ein in globalen Diskussionen anhaltender Trend, der sich in der Abschlusserklärung manifestiert, ist die Verklärung privater Investitionsflüsse und öffentlich-privater Partnerschaften als Allheilmittel für nachhaltige Entwicklungs-

Konsens ist Nonsense

Zur Rolle von Nichtregierungsorganisationen bei der Klimapolitik

Von Jürgen Maier

Diesmal soll es klappen. Endlich. Wie oft schon haben wir vergeblich gehofft. Die Pariser Klimakonferenz der Vereinten Nationen im Dezember, mittlerweile die 21. derartige Veranstaltung, soll den Durchbruch bringen zum großen Welt-Klimavertrag. Nicht wieder ein Fiasko wie 2009 in Kopenhagen. Wieder einmal werden sich Zigtausende Diplomaten, Nichtregierungs- und Industrielobbyisten sowie Pressevertreter in Bewegung setzen und zwei Wochen lang palavern. Natürlich wird man auch diesmal nicht pünktlich am 11. Dezember aufhören, sondern mindestens bis in die frühen Morgenstunden des 12. Dezember verhandeln, mit maximaler Dramatik, – und auch diesmal werden normale Menschen große Probleme haben, zu verstehen, was eigentlich hinter den angeblich so gewaltigen Differenzen steckt.

Machen wir uns nichts vor: die Ergebnisse der „COP21“ genannten Konferenz stehen im Wesentlichen schon lange fest. Die Hauptakteure USA, China, Europa und Japan haben ihre

Klimaziele bereits 2014 beschlossen. Sie werden darüber nicht hinausgehen und auch kaum dahinter zurückfallen. Diese Ziele werden in einen UN-Vertrag kodifiziert werden, dessen Bedeutung begrenzt sein wird, allein schon weil der US-Senat ihn auch diesmal nicht ratifizieren wird und daher völlig offen ist, wie sehr sich Obamas Nachfolger(in) daran gebunden fühlen wird. Dieser Vertrag wird also nur Ziele kodifizieren, die nach übereinstimmender Auffassung von NROs und Wissenschaftlern nicht ausreichen, das 2-Grad-Ziel zu erreichen. Erst recht kein Grund, diesen Vertrag zu feiern.

Dafür müsste man nicht unzählige Delegierte aus aller Welt nach Paris schicken, die mit ihrer Anreise das Klima belasten. Warum mittlerweile schon europaweite Pilgermärsche zu dieser Veranstaltung organisiert werden, ist mir schleierhaft. Aber derart unpolitische Aktionen sind symptomatisch für den Zustand weiter Teile der „kritischen Zivilgesellschaft“, wenn es um Klima geht.

Der Erfolg bleibt aus

Klimapolitik gehört nicht gerade zu den Themenfeldern, auf denen Nichtregierungsorganisationen in den letzten Jahren öfter mal Erfolge feiern konnten. Man kämpft verzweifelt nur noch gegen Rollbacks, man versucht zu verhindern, dass es wieder rückwärts geht. Klimaschutz ist kein massenwirksames Thema mehr, und man findet einfach kein Rezept, wie man das ändern könnte. Man diskutiert aber auch nicht darüber, ob man sich dafür vielleicht selbst strategisch neu aufstellen müsste.

Es lohnt sich hier, einmal den Vergleich mit anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungen zu suchen, etwa mit der Anti-Atom-Bewegung, oder auch thematisch nicht ganz so verwandten Bewegungen wie der gegen Gentechnik oder für eine andere Landwirtschaftspolitik. Sie sind erfolgreicher, haben weitaus mehr erreicht, obwohl sie gegen massive Gegeninteressen angetreten sind. Atomausstieg und Ablehnung der Gentechnik sind heute Konsens, ein hart erkämpfter und genau deswegen ziemlich verlässlicher Konsens.

Ganz anders der Klimaschutz, gegen den war nie jemand, im Gegenteil – spätestens seit Merkel sich als Klimakanzlerin feiern ließ, galt er als gesellschaftlicher Mainstream. Gute Ausgangsbedingungen für erfolgreiche Politik, sollte man meinen, doch das Gegenteil findet statt. Eigenartig.

Klimapolitik gibt es nicht

Viele Klimaschützer haben sich in einer politischen Sackgasse verrannt, weil sie Politik in einer selbstgeschaffenen Ersatz-Realität machen statt in der tatsächlichen Realität. Die Vorstellung, man könne mit einem internationalen Klimaschutz-Regime, mit nationalen Klimaschutzprogrammen oder -gesetzen, mit Emissionshandelssystemen und dergleichen die notwendigen Umbaumaßnahmen in Wirtschaft und Gesellschaft erreichen, war von Anfang an vermessen und unrealistisch. Wenn



Foto: Jürgen Maier

Kohle-Protestaktion im April 2009 am Rande der EnBW-Hauptversammlung in Karlsruhe: Diese Bürgerinitiativen aus Lubmin und Dörpen waren erfolgreich und haben die geplanten Mega-Steinkohlekraftwerke an ihren Heimatorten verhindert.

man ehrlich ist, muss man sogar zugeben: Es gibt eigentlich gar keine Klimapolitik. Sie ist eine Chimäre. Es gibt Energiepolitik, es gibt Verkehrspolitik, es gibt Städtebaupolitik, Steuerpolitik, Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik und so weiter – und alles, was dort passiert, hat Auswirkungen auf unsere Emissionen und damit auf das Klima. Aber eine übergeordnete Klimapolitik als Referenzrahmen, dem sich diese Politikbereiche und ihre mächtigen Akteure unterzuordnen haben? Das kann man sich wünschen, aber es ist nicht die Realität und wird es wohl auch nie sein. Wer von diesem Wunschbild ausgehend seine Politik formuliert, verliert den Anschluss an die Realität.

Veränderung entsteht aus Konflikten

Wer also konkret etwas für den Klimaschutz erreichen will, der sollte nicht noch tiefer in die Scheinrealitäten der Klimaverhandlungen, in die Emissionshandelssysteme und so weiter eintauchen und sollte aufhören, einem vermeintlichen gesellschaftlichen Klimaschutz-Konsens nachzulaufen, den es nie gegeben hat. Er muss stattdessen dort, wo die Emissionen erzeugt werden, die Konfrontation mit denjenigen suchen, die dafür sorgen wollen, dass diese Emissionen auch weiterhin erzeugt werden. Er muss Energiepolitik machen, Verkehrspolitik und so weiter machen und dort die Realitäten ändern – und macht dann tatsächlich im Ergebnis Klimapolitik.

Denn die Welt ist noch nie im Konsens verändert worden, sondern im Konflikt. Der Atomausstieg wurde erkämpft im Konflikt, und damit hat die Anti-Atom-Bewegung erreicht, dass die Politik Angst vor ihr bekam. Vor den Klimaschützern hat aber leider kein Politiker Angst – im Gegenteil. Wer Erfolg haben will, braucht aber ein Druck- und Drohpotenzial. Das haben die Klimaschützer aber nicht. Die Anti-Atom-Bewegung hat Merkel die Zähne gezeigt – Zähne, die die Klimaschützer nicht haben.

Wir haben ja durchaus vieles für den Klimaschutz erreicht, aber sehen wir näher hin: dort,

wo Erfolge für den Klimaschutz erzielt wurden, wurden sie im Konflikt durchgesetzt und nicht im Konsens. Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) bzw. sein Vorläufer, das Stromeinspeisegesetz, wurde nach Tschernobyl von der Anti-Atom-Bewegung durchgesetzt. Es war die Grundlage für den Siegeszug der erneuerbaren Energien – und dafür, dass die Stromkonzerne heute in die roten Zahlen geraten. Kohlekraftwerksprojekte und Autobahnprojekte wurden von engagierten lokalen Bürgerinitiativen bekämpft und oft genug verhindert, und zwar nicht, weil sie Konflikten aus dem Weg gegangen sind, sondern weil sie konfliktfähig sind.

Mehr Mut zum Widerstand

Konfliktfähigkeit ist genau das, was den Klimaschützern heute fehlt – das muss sich ändern. Und es ändert sich. Inzwischen häufen sich direkte Aktionen junger Menschen gegen Braunkohleabbau, anfangs skeptisch beäugt von den etablierten NROs. Aktionen zivilen Ungehorsams wie „Ende Gelände“ im August 2015 werden heute auch von vielen NROs politisch mit unterstützt. Kampagnen zum Desinvestment in den Kohlesektor breiten sich weltweit aus und bringen die Kohleindustrie finanziell zunehmend in die Klemme. Solche Kampagnen setzen ausdrücklich nicht auf Konsens und brauchen keinen Pariser Klimavertrag mit schwachen Zielen.

Aber Klimaschutz ist mehr als Kohle-Widerstand. In anderen Bereichen kann noch viel mehr getan werden. Beispielsweise im Verkehrssektor, wo die Emissionen immer noch am schnellsten wachsen. Die Ausgangsbedingungen für eine andere Politik sind eigentlich gut: Das Auto hat als Statussymbol ausgedient, seine Kultorganisation ADAC ist schwer beschädigt, seit Jahren gibt es Umfragen mit Mehrheiten für ein Tempolimit, die Spritpreise machen es für immer mehr Menschen zu einem echten Problem „auf das Auto angewiesen“ zu sein. Eine andere Verkehrspolitik wäre angesagt, ist aber nicht in Sicht – auch weil es einfach keine

organisierte Gegenbewegung gibt. Wutbürgerinitiativen gibt es sehr wohl – Stuttgart 21, die Bewegungen gegen Fluglärm, die bei jedem Straßenbauprojekt entstehende Mobilisierung betroffener Anwohner. Aber nichts wird koordiniert. Eine zivilgesellschaftliche Bewegung für mehr städtische Lebensqualität durch weniger Autoverkehr, für mehr ländliche Lebensqualität durch bessere öffentliche Verkehrsmittel hätte bessere Erfolgschancen denn je, jedenfalls solange sie ohne den in Verkehrsfragen immer gefährlichen Verzichts-Duktus geführt würde. Aber dazu muss man sich mit denjenigen anlegen, die dafür sorgen wollen, dass es so bleibt wie es ist. Die heutige Verkehrspolitik ist auch grob unsozial – wer in einer Zeit wachsender sozialer Proteste diese immer wichtiger werdende soziale Dimension ausblendet, wie es Klimaschützer sehr gerne tun, schafft sich selbst unnötige Hindernisse.

Wirksame Maßnahmen für Klimaschutz sind heute kein gesellschaftlicher Konsens, sonst wären sie längst umgesetzt. Sie müssen erkämpft werden. Wenn die Klimabewegung (wieder) lernt, konfliktfähig zu werden, und Alternativen zu einer klimazerstörenden Wirtschaftsweise konkret durchsetzt, kann sie Klimaschutz wieder zu einem Gewinnerthema machen. Die alten Rezepte und Strategien aus der Kyoto-Zeit taugen dafür nicht, und das Pariser Abkommen brauchen wir dafür nicht.

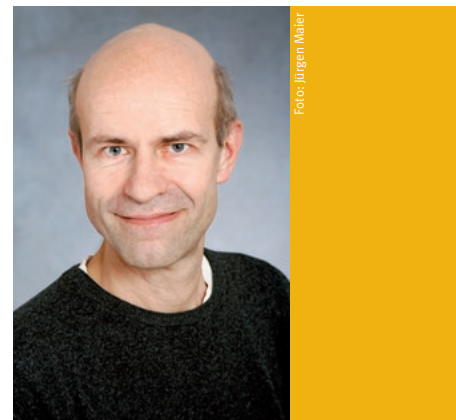


Foto: Jürgen Maier

Jürgen Maier studierte Politikwissenschaft und war von 1993 bis 1996 Geschäftsführer der Asienstiftung. Seit 1996 ist er Geschäftsführer des Forums Umwelt & Entwicklung. Das Forum koordiniert die Aktivitäten deutscher Nichtregierungsorganisationen in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung.

Trotz allem notwendig

Zur Wirksamkeit der Weltklimakonferenzen

Von Bernd Pieper

Vom 30. November bis zum 11. Dezember 2015 wird die Weltgemeinschaft in Paris über ein neues globales Klimaabkommen verhandeln. Nach Ansicht nicht weniger Beobachter gilt es bei der 21. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention (Conference of the Parties, COP 21) für die 194 Mitgliedstaaten, die letzte Chance der Klimadiplomatie zu nutzen – und nach Ansicht des Umweltjournalisten Nick Reimer wird Paris sogar darüber entscheiden, ob globale Herausforderungen auf demokratischem Wege gelöst werden können.

Die Weltklimakonferenzen wurden und werden heftig kritisiert – als folgenloses Palaver und Gefeielsche, das lediglich den Interessen

der reichen und mächtigen Nationen diene und höchstens dafür Sorge, dass noch viel mehr CO₂ sinnlos in die Atmosphäre geblasen wird. Die globalen Treibhausgasemissionen steigen jährlich weiter an, und wenn man anerkennt, dass der anthropogene Klimawandel eine Realität ist, die unsere Lebensgrundlagen massiv bedroht, erscheinen die Resultate der bisherigen Konferenzen unzureichend. Doch ist das so?

Auf den ersten Blick muss man diese Frage mit Ja beantworten. Zu sehr ähnelt die Abfolge der Konferenzen einem selbstreferentiellen System: Im Vorfeld werden große Erwartungen aufgebaut, die im Verlauf der Verhandlungen

sukzessive nach unten geschraubt werden. Am Ende bedarf es dann oft einer resoluten Konferenzleitung, angehaltener Uhren oder endloser Nachtsitzungen, bis es zu einem Minimalkompromiss kommt, der von den Politikern als Erfolg, von den NRO hingegen als ungenügend bewertet wird. Und welche Wirkung soll ein globales Klimaregime entfalten, dem sich die USA bislang verweigern und aus dem große Emittenten wie Kanada oder Australien, je nach politischer Lage daheim, aussteigen?

Die beteiligten Staaten haben allesamt unterschiedliche Voraussetzungen, Interessen und Möglichkeiten. Dadurch wird der Versuch, ein globales Problem durch einen globalen Kon-

Chronik

1992 wird die Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro ins Leben gerufen. Das internationale Klimaschutzabkommen mit dem Ziel, eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems zu verhindern, tritt zwei Jahre später in Kraft.

COP 1

März/April 1995 | Berlin

Bundeskanzler Helmut Kohl kündigt an, dass Deutschland seine Treibhausgasemissionen bis 2005 um 25 Prozent gegenüber 1990 senken wird. Mit dem „Berliner Mandat“ wird der Auftrag verabschiedet, bis zur 3. Vertragsstaatenkonferenz ein rechtlich verbindliches Klimaabkommen zu erarbeiten.

COP 3

Dezember 1997 | Kyoto

Das Kyoto-Protokoll verpflichtet die im Anhang 1 genannten 41 Industriestaaten, ihre Emissionen von 2008 bis 2012 um 5,2 Prozent gegenüber 1990 zu senken.

COP 5

Oktober/November 1999 | Bonn

Die Vertragsstaaten diskutieren über die wirksame Kontrolle der Einhaltung von Verpflichtungen und die konkrete Ausgestaltung der Kyoto-Mechanismen.

COP 7

Oktober/November 2001 | Marrakesch

Die „Marrakesh Accords“ legen die Details zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls fest. 119 Staaten ratifizieren das Protokoll. Allerdings setzen diese Staaten nur 47 Prozent der globalen Treibhausgase frei – um das Kyoto-Protokoll in Kraft zu setzen, müssen die beteiligten Staaten für mindestens 55 Prozent verantwortlich sein.

COP 9

Dezember 2003 | Mailand

Vereinbarungen zum Clean Development Mechanism sowie zu den Regeln für Aufforstungsprojekte in Entwicklungsländern sorgen dafür, dass auch Russland zustimmt. Das Kyoto-Protokoll tritt am 16. Februar 2005 in Kraft.



sens zu lösen, zwar nicht unmöglich gemacht, führt aber zwangsläufig dazu, dass notwendige Maßnahmen bis zur Unkenntlichkeit verwässert werden. Und selbst relativ homogene Staatengemeinschaften wie die EU enden bei der Formulierung von Klimaschutzzielen regelmäßig beim kleinsten gemeinsamen Nenner.

Viele Beobachter sehen den Zwang zum Konsens in der internationalen Klimadiplomatie als Hindernis für echte Fortschritte beim Klimaschutz. Auch in Deutschland wurde seitens der Politik die Idee geäußert, man solle sich beim Klimaschutz doch besser gleichgesinnte Partner suchen und mit denen zusammenarbeiten. Bilateralen Initiativen, wie die der beiden weltgrößten Treibhausgasemittenten China und USA, die sich 2014 auf eine deutliche Reduzierung ihrer künftigen Emissionen verständigt haben, wird daher eine immer größere Wirksamkeit beigemessen.

Dennoch sollte man die Bedeutung der Weltklimakonferenzen nicht unterschätzen. Das belegt unter anderem ein Blick auf Deutschland: Auf dem ersten Klimagipfel 1995 in Berlin formulierte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl ein ehrgeiziges Klimaschutzziel, das zur Richtschnur für – sicher unzureichende – Selbstverpflichtungen der Industrie wurde. Die Ziele von Kyoto wurden in Deutschland rasch gesellschaftlicher Konsens, auch weil die intelligenteren Wirtschaftsakteure darin ökonomische Zukunftschancen sahen. Dass die Umsetzung dieser Klimaschutzziele durch eine ambitionierte Energiewende ins Stocken geraten ist, spricht nicht gegen ein globales Klimaregime.

Eine wirksame Klimaschutzpolitik braucht viele Elemente: bi- oder multilaterale Initiativen, die ein Beispiel geben und Skeptiker mitreißen können; konsequente nationale Politik

(siehe dazu den Beitrag von Jürgen Maier), die sich auf zentrale Themen wie Energie und Verkehr konzentriert; den massiven Einsatz von NROs; aber eben auch Weltklimakonferenzen für das Bemühen um einen weltweit gültigen Orientierungsrahmen, als permanenter globaler Weckruf und nicht zuletzt als Forum für jene kleinen Staaten, die als erste vom Klimawandel betroffen sein werden und die wir sonst allzu gerne überhören.

→ Buchtipp:
Nick Reimer:
Schlusskonferenz.
Geschichte und Zukunft
der Klimadiplomatie.
München 2015



COP 11
November/Dezember 2005
Montreal
Der „Montrealer Aktionsplan“ beinhaltet lediglich, dass weiter über Maßnahmen zum Klimaschutz gesprochen werden soll. Erstmals findet parallel zur COP eine Konferenz der Staaten statt, die das Kyoto-Protokoll unterzeichnet haben (CMP).

COP 13
Dezember 2007 | Bali
Der „Bali Action Plan“ gibt vor, dass die Vertragsstaaten über die Fortsetzung des Klimaregimes nach der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls verhandeln. Dafür wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis zur COP 17 in Durban Ergebnisse liefern soll.

COP 15
Dezember 2009 | Kopenhagen
Eine Gruppe von Staats- und Regierungschefs erarbeitet den „Copenhagen Accord“ mit Kernelementen der künftigen internationalen Klimapolitik. Dieser Text wird „zur Kenntnis genommen“. Während der COP 15 demonstrieren mehr als 100.000 Menschen in Kopenhagen für den Klimaschutz.

COP 17
November/Dezember 2011
Durban
Das Kyoto-Protokoll soll in einer zweiten Verpflichtungsperiode ab 2013 weitergeführt werden. 2012 sollen die Verhandlungen über ein alle Staaten einschließendes rechtsverbindliches Klimaschutzabkommen beginnen.

COP 19
November 2013 | Warschau
Die Konferenzteilnehmer verständigen sich auf einen Fahrplan für ein neues Klimaabkommen, auf Eckpunkte zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen und auf Regeln für den Waldschutz. Eine neu installierte Arbeitsgruppe soll sich künftig mit klimawandelbedingten Verlusten und Schäden befassen.

COP 12
Dezember 2006 | Nairobi
Ein Verhandlungszeitplan über die Phase nach der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls wird vereinbart, ebenso ein Klimafolgen-Anpassungsfonds für ärmere Länder. Der ehemalige Weltbank-Chefökonom Nicholas Stern präsentiert seinen Report, der eindringlich vor den ökonomischen Folgen des Klimawandels warnt.

COP 14
Dezember 2008 | Poznan
Eine Arbeitskonferenz, auf der zentrale Elemente des zukünftigen Klimaschutzregimes erörtert werden und die Staaten ihre Positionen präsentieren.

COP 16
November/Dezember 2010
Cancún
Die teilnehmenden Staaten erkennen im „Cancún Agreement“ das Zwei-Grad-Ziel offiziell an. Über den „Green Climate Fonds“ sollen ab 2020 Mittel zur Klimafolgen-Anpassung in die Entwicklungsländer fließen.

COP 18
November/Dezember 2012 | Doha
Die EU-Staaten, Norwegen, Island, Liechtenstein, Monaco, Kroatien, die Schweiz, Ukraine, Weißrussland, Kasachstan und Australien vereinbaren eine rechtlich bindende achtjährige Verpflichtungsperiode. Da Kanada, Russland, Japan und Neuseeland nicht mitmachen, werden durch den Vertrag bestenfalls 13 Prozent aller weltweit produzierten Treibhausgase reduziert.

COP 20
Dezember 2014 | Lima
Ein vierseitiger, weitgehend unverbindlicher Vertragsentwurf soll die Grundlage für das künftige Paris-Abkommen bilden. Betont werden die gemeinsame Verantwortung, aber auch die unterschiedlichen Voraussetzungen der Vertragsstaaten für den Klimaschutz.





Nur scheinbar alles in Ordnung: Der türkische Präsident Erdogan (z.v. l.) auf dem Weg zur ersten Sitzung des neuen türkischen Parlaments am 23. Juni.

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Zur Situation in der Türkei

Von Lale Akgün

Es herrscht Unruhe im Land. Nach den überraschenden Ergebnissen bei den türkischen Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015 ist es nicht gelungen, eine regierungsfähige Koalition zu bilden. Und so fiel am 20. August die Entscheidung, bereits am 1. November Neuwahlen durchzuführen. Überraschend kommt diese Entscheidung nicht. Nach den abgebrochenen Koalitionsgesprächen sickerte sehr schnell durch, dass der Vorsitzende der AKP, Ahmet Davutoglu nie ernsthaft an einer Koalition interessiert war. Neuwahlen waren für ihn und seine Partei wohl die ganze Zeit die erste Option gewesen. Wie hatte es Präsident Erdogan aus seiner Sicht so „treffend“ formuliert? „Wir wollen der Nation die Gelegenheit geben, den Fehler vom 7. Juni zu ‚korrigieren‘.“ Ein Fehler? Mitnichten!

Für die demokratische Entwicklung des Landes war die Parlamentswahl ein großer Erfolg. Im letzten Moment zog die Bevölkerung die Notbremse gegen eine Diktatur, die die sunnitisch-konservative AKP im Gewande eines Präsidialsystems einführen wollte. Kandidat für den Posten eines allmächtigen Präsidenten: Recep Tayyip Erdogan, dem der Funktionsrahmen eines überparteilichen Präsidenten in einem parlamentarischen System zu eng geworden war. Nachdem er im August 2014 mit 52 Prozent der Stimmen zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei direkt zum Präsidenten gewählt worden war, sahen er und seine AKP dies als einen günstigen Ausgangspunkt, um die gesamte politische Konstellation der Türkei zu verändern. Erdogan selbst bezeichnete

seine Wahl zum Präsidenten als „einen Beginn, nicht einen Endpunkt“.

Doch das Wahlergebnis vom Juni und die neue Zusammensetzung des Parlaments erteilten diesen Plänen eine harsche Abfuhr. Auch wenn die AKP stärkste Kraft geblieben war, gegenüber den Präsidentschaftswahlen hatte sie über 10 Prozent der Stimmen eingebüßt. Die Sensation war das Ergebnis der prokurdischen HDP mit ihrem charismatischen Vorsitzenden Selahattin Demirtas: Sie hatte die 10-Prozent-Hürde geknackt. Dies war möglich geworden, weil nicht nur viele von der AKP enttäuschte Kurden, sondern auch zahlreiche intellektuelle Türken aus taktischen Gründen die HDP gewählt hatten. Sie wollten unbedingt verhindern, dass die AKP von dem türkischen Wahlsystem profitiert, das kleine Parteien benachteiligt. Hätte die HPD die 10-Prozent-Hürde nicht genommen, dann hätte die AKP als stärkste Partei fast 80 Sitze mehr bekommen. Die Rechnung der AKP-Gegner ging auf: im türkischen Parlament sind heute vier Parteien vertreten. Neben der AKP (40,87 %/258 Sitze) und der HDP (13,12 %/80 Sitze) die sozialdemokratische CHP (24,95 %/132 Sitze) und die nationalistische MHP (16,29 %/80 Sitze).

Der Widerstand wächst

Es mag für Außenstehende befremdlich erscheinen, dass dieses Wahlergebnis als ein Erfolg der Demokratie gefeiert wird. Wenn man allerdings weiß, wie das politische System in den letzten Jahren eine immer restriktivere Po-

litik – auch gegen den Rechtsstaat – durchgesetzt hat, dann kann man die Wahlen als ersten Schritt zu einer pluralistischen Gesellschaft interpretieren.

Das Aufbegehren gegen die Ungerechtigkeiten einer Politik, die ihre Anhänger füttert und ihre Gegner unterdrückt, begann mit den Gezi-Unruhen am 27. Mai 2013. Vordergründig ging es gegen das Abholzen eines kleinen Parks mitten in Istanbul, im Kern gegen die Etablierung einer islamisierten Einheitsgesellschaft. Der Geist von Gezi ist ein Zeichen des Wiedererwachens der türkischen Gesellschaft, die sich seit dem Militärputsch von 1980 den politisch Mächtigen untergeordnet hatte. Deswegen kann er als der Ausgangspunkt bezeichnet werden, aus dem sich die weitere politische Entwicklung in der Türkei speist.

Das harte Vorgehen gegen Journalisten, die kritisch über die Regierung berichteten und in Massen entlassen wurden, konnte den Widerstand nicht eindämmen, zumal die sozialen Medien an Bedeutung gewinnen, obwohl sie immer wieder willkürlich geschlossen werden. Sie ergänzen heute in der Türkei die kleinen kritischen Medien, da die großen Zeitungen und Fernsehstationen großen Unternehmen gehören, die durch regierungsfreundliche Berichterstattung ihre Pfründe auf anderen wirtschaftlichen Gebieten sichern.

Ein weiterer Meilenstein zur Infragestellung der Machtverhältnisse war die Veröffentlichung von Telefongesprächen von Erdogan und weiteren hohen Ministern seiner Regierung, die den Korruptionssumpf ans Tageslicht brachten. In

der Türkei wird Korruption als eine Tatsache hingenommen. Doch das, was da auf den veröffentlichten Tonbändern präsentiert wurde, überstieg auch die Phantasie der Wohlwollenden. Zumal die Regierung, mit Erdogan an der Spitze, nicht den Wahrheitsgehalt der Bänder infrage stellte, sondern sich auf die Gülen-Bewegung (benannt nach dem Islam-Prediger Fetullah Gülen) stürzte, die sie als die Verräterin im Verdacht hatte. Womit sie wahrscheinlich gar nicht so falsch lag, da viele der Staatsanwälte, die die Korruptionsaffäre enthüllten, der Gülen-Bewegung angehörten. Der Machtkampf zwischen Erdogan und Gülen ging zugunsten von Erdogan aus, der sich im darauffolgenden Wahlkampf über die Veröffentlichung seiner „Intimsphäre“ beklagte. Dass er nach diesem Skandal doch noch die Präsidentschaftswahl gewann, lag an dem schwachen Gegenkandidaten und dem ungeschickten Vorgehen der Oppositionsparteien.

Ein weiteres wichtiges Ereignis vor den Parlamentswahlen 2015 war die Eröffnung des neuen Präsidentenpalastes am 29. Oktober 2014 in Ankara, ein 1150 Zimmer großes Gebäude für fast eine halbe Milliarde Dollar – illegal in einem Naturschutzgebiet errichtet. Gerade in den Zeiten des wirtschaftlichen Engpasses, den die unteren Einkommensschichten besonders spüren, kam die Verschwendungssucht Erdogans und seiner Partei gar nicht gut an. Auch dies ein Grund, warum Einkommensschwache, eine wichtige Zielgruppe der AKP, nach Alternativen suchten.

Weitere Ursachen für das aktuelle Wahlergebnis waren:

- das neuerwachte Interesse der Jugend an Politik;
- die neue sozialdemokratische Strategie der CHP, die ihren Schwerpunkt von der Laizität auf die soziale Frage verschob und sich mit Arbeitsmarkt, Gesundheit und Bildung beschäftigt;
- eine neue Öffnungspolitik der Mitte-Links-Parteien: Zum ersten Mal kandidierten Angehörige von nationalen und sexuellen Minderheiten bewusst als Vertreter ihrer Gruppe, als ein gezieltes Gegenprogramm gegenüber den religiös-konservativen und nationalistischen Parteien. Ins Parlament haben es schließlich zwei Armenier und ein Roma geschafft.

Der Einfluss der Auslandswähler

Seit letztem Jahr dürfen türkische Staatsangehörige auch im Ausland an den Wahlen teil-

nehmen. Von dieser Möglichkeit haben bei den Parlamentswahlen rund die Hälfte der Menschen mit türkischer Staatsangehörigkeit und „Doppelstaater“ Gebrauch gemacht. Dabei entfielen in Deutschland 53 Prozent der Stimmen auf die AKP, 17 auf die HDP und 16 auf die CHP. Ein ähnliches Ergebnis ist auch in den weiteren EU-Ländern zu beobachten. Die Gründe liegen auf der Hand. Abgesehen davon, dass die meisten türkischen Migranten aus konservativen Schichten stammen, sind sie auch Zielgruppe der staatlich-türkischen Institutionen in Deutschland. Hier zeigt sich wieder, wie undemokratisch es ist, wenn in Staatsinstitutionen Parteipolitik gemacht wird. Die AKP ist in der EU nicht nur über ihre eigene Auslandsvertretung UETD, sondern auch über DITIB, die Auslandsvertretung des Amtes für Religiöse Angelegenheiten/DIYANET, bestens organisiert. Für die Wahlen wurden DITIB-Imame als Wahlvorstände in den Generalkonsulaten eingesetzt, ja es wurden sogar Imame aus der Türkei eingeflogen. Ein merkwürdiges Detail: die Wahlurnen wurden zunächst in die Türkei gebracht und die Stimmen erst dort ausgezählt.

Es sollte diskutiert werden, ob es sinnvoll ist, wenn Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in einem anderen Land haben, aktives und passives Wahlrecht in Anspruch nehmen und so die Entwicklungen in der Türkei mitgestalten. Alle Parteien haben auch Kandidaten aufgestellt, die aus Deutschland stammen, und haben so ihren Wahlkampf in Deutschland und den anderen EU-Ländern verstärkt. Eine Antwort auf die Frage, welche Unterstützung sie den Menschen, die seit Jahrzehnten hier leben, als Vertreter des türkischen Parlamentes bieten können, blieben sie schuldig.

Mehr Demokratie wagen – für die Türkei eine Illusion?

Die Wahl am 7. Juni hatte nicht nur das Präsidialsystem ausgebremst, sondern auch die Syrienpolitik der AKP, die dabei war, die Türkei in den Bürgerkrieg im Nachbarland hineinzulotsen. Doch jetzt ist es vorbei mit dem ‚Frieden‘, und zwar an mehreren Fronten. Viele Analysten deuten die momentanen Unruhen in der Türkei als Vorhut der Neuwahl. Chaos und Angst sollen die Menschen dazu bringen, mit ihrer Stimme das Präsidialsystem zu legitimieren.

Dazu gibt es folgende Überlegungen: Sollen die blutigen Anschläge des „IS“ als Ergebnis eines politischen Vakuums umgedeutet werden? Soll mit der Aufkündigung des Waffenstillstandes mit der PKK und dem Wiederauff-

lammen der blutigen Kämpfe die HDP in die Nähe von Terroristen gerückt werden, um sie vor der Wahl unter die 10-Prozent-Hürde zu drücken? Ja mehr noch: Sollen die Unruhen dazu führen, dass die Regierung zu der Auffassung gelangt, dass ordentliche Wahlen vor Ort nicht durchführbar sind und somit eine Idee des Präsidenten Erdogan umgesetzt werden kann, die er schon vor einigen Wochen geäußert hat: die Verlegung der Wahlurnen für die Bürger bestimmter Provinzen. Nach Erdogans Einschätzung ist das gute Wahlergebnis der HDP in den überwiegend kurdisch besiedelten Provinzen auf Zwang zurückzuführen. Um bei der nächsten Wahl dagegen gewappnet zu sein, will er die Menschen zur Stimmabgabe mit Bussen in den Westen transportieren lassen. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Die Türkei ist auch 92 Jahre nach Gründung der Republik noch keine gefestigte Demokratie. Voraussetzungen für die Entwicklung einer liberalen Demokratie sind:

- eine unabhängige Justiz
- eine unabhängige und freie Presse
- die Freiheit des Forschens und Lehrens
- die unbedingte Gleichheit von Mann und Frau
- ein Rechtsstaat, in dem alle Bürger gleich sind.

Sollte die Wahl am 1. November im Ergebnis so ausfallen wie am 7. Juni, könnte ein Prozess einsetzen, der die Defizite auf diesen Feldern abbaut. Es sei denn, Präsident Erdogan ist mit dem Ergebnis nicht zufrieden und will ein drittes Mal wählen lassen. Das wäre dann der Zeitpunkt, Brecht zu zitieren: „Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“



Foto: Volker Glasow

Dr. Lale Akgün war von 2002 bis 2009 Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion. Sie war Leiterin des NRW-Landeszentrums für Zuwanderung, Gruppenleiterin für „Internationale Angelegenheiten und Eine-Welt-Politik“ in der Staatskanzlei NRW und publiziert Artikel und Bücher zu den Themen Migration, Integration und Islam. Seit 2013 leitet Lale Akgün das von unserer Stiftung geförderte Landesprojekt „newtrade nrw“ zu nachhaltiger Beschaffung.



Foto: Johanna Fincke, CIR

Aktion für verantwortliche Beschaffung vor dem Bundestag in Berlin

Faire Beschaffung: Da geht noch mehr

Überraschende Ergebnisse bei Evaluation des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW

Von Johanna Fincke

Nur wenige Gesetze haben in den vergangenen Jahren für so viel Wirbel an Rhein und Ruhr gesorgt wie das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG). Es regelt die öffentliche Auftragsvergabe in NRW und macht umfassende Vorgaben zur Einhaltung sozialer und ökologischer Standards, wenn Unternehmen vom Land und den Kommunen Aufträge erhalten möchten, wie für den Bau eines Gebäudes oder die Reinigung öffentlicher Gebäude.

Von den Auftraggebern – sprich den Beschaffungsstellen auf Länder- und kommunaler Ebene – verlangt das TVgG, dass sie eben diese Standards in Ausschreibungen integrieren und sich deren Einhaltung von den Unternehmen belegen lassen.

Zu Unrecht in der Kritik

Dass eine solche Regulierung so viel Emotionen und Kritik bei Vergabestellen, kommunalen Spitzenverbänden und Unternehmensverbänden hervorruft, haben die Regierenden von SPD und Grünen mit Sicherheit nicht geahnt, als sie das Gesetz im Juni 2011 beschlossen. Die entwicklungspolitisch engagierten NROs in NRW, die – letztlich erfolgreich – lange für die Einhaltung internationaler Arbeitsstandards im Vergabegesetz gekämpft hatten, auch nicht.

Der NRW-Arbeitgeberpräsident Horst-Werner Maier-Hunke nannte das TVgG ein „bürokratisches Monster“. Die Handwerkskammer monierte, dass solche Hürden für zu viel Aufwand und Verunsicherung bei den Unternehmen sorgen, der Mittelstand in NRW „schüttelte den Kopf“ angesichts der ILO-Normen.

Kritik kam auch von den Medien. So titelte die Rheinische Post am 23.8.2013 „Wie arme

Städte Geld verschwenden“. Und in der WAZ hieß es: „Die Überfrachtung des Vergaberechts mit Öko-Aspekten, Frauenförderung und Eine-Welt-Gedanken ist jedoch das Gegenteil von Entbürokratisierung. Rechtsunsicherheiten, wohin man schaut. Rot-Grün sollte die kommenden Monate nutzen, um dieses misslungene Gesetz nachzubessern.“

Der massive Gegenwind führte dazu, dass die Regierenden in Deckung gingen, anstatt sich selbstbewusst für das Gesetz stark zu machen und auf die Verantwortung zu verweisen, die ein Bundesland innehat, dessen Einkaufsvolumen so hoch ist wie das der Niederlande. Vor allem in Zeiten, in denen eine einstürzende Fabrik mehr als 2.000 Menschen unter sich begräbt und dort nicht nur für KIK Kleidung hergestellt, sondern auch Musteraufträge erledigt wurden, u. a. für Arbeitsbekleidung, die von Land und Kommunen eingekauft wird.

Evaluation belegt positive Wirkung

Getrieben von der negativen Stimmung im Land gab die Regierung im Herbst 2014, früher als geplant, vorzeitig eine im TVgG vorgesehene Evaluation in Auftrag. Sie hatte zum Ziel, die Wirkungen des Gesetzes vor allem hinsichtlich Effektivität und Effizienz auszuwerten. Da die Rechtsverordnung zum Gesetz erst im Juni 2013 fertig wurde und die komplexen Verwaltungsapparate nur knapp 1,5 Jahre Zeit hatten, sich auf die veränderten Anforderungen einzustellen, war die Evaluation eigentlich viel zu früh angesetzt.

Und trotzdem fiel das Ergebnis, gemessen an der Stimmung im Vorfeld, weit positiver

aus als erwartet: Als Fazit sieht das Beratungsunternehmen Kienbaum ein schwach positives Aufwand-Nutzen-Verhältnis „mit voraussichtlich positiver Entwicklung in der Zukunft“. Grundsätzlich lässt sich eine eher hohe Akzeptanz der Gesetzesziele feststellen. So gaben mehr als 83 Prozent der Unternehmen und 66 Prozent der Vergabestellen als „voll und ganz“ oder „eher“ zutreffend an, dass es sinnvoll war, in das TVgG Nachhaltigkeitsaspekte aufzunehmen.

Insbesondere bei den Unternehmen wurden positive Effekte festgestellt: So wurde bei 34 Prozent das Bewusstsein für Nachhaltigkeitsaspekte geschärft und 23 Prozent erreichten eine Verbesserung der Arbeitsstandards. 22 Prozent verringerten ihre Umweltbelastung und 15 Prozent verbesserten die Frauenförderung. Besonders überraschend: Sagenhafte 92 Prozent der befragten Unternehmen hatten keine Schwierigkeiten mit der Umsetzung des TVgG NRW. Ergebnisse, die nicht im Geringsten mit den Aussagen der Unternehmensverbände zusammenpassen.

Weit kritischer als Unternehmen äußerten sich jedoch die Vergabestellen: So gaben 72 Prozent der Befragten an, dass sie vielfach Schwierigkeiten und Mehraufwand bei der Umsetzung des TVgG hätten. Probleme bereite zum Beispiel die Überprüfung der Unternehmensangaben zur Einhaltung der im Gesetz vorgegebenen Kriterien. Auch sei der Gesetzestext schwer verständlich. Doch auch die Vergabestellen befürworteten die grundsätzlichen Ziele im Gesetz.

Beide Akteure bleiben aber skeptisch, ob die sozialen und umweltpolitischen Ziele durch das jetzige Gesetz erreicht werden können.



Diese Protestpostkarte, weitere Karten und Materialien aus dem Projekt „Wie fair kauft meine Stadt?“ können bei der Christlichen Initiative Romero bestellt werden.

Als Hauptgrund dafür sehen sie die fehlende Kontrolle. Dies erschwert im Übrigen auch die Arbeit der Beschaffungsstellen: Fehlende Überprüfbarkeit und Überforderung bei der Einholung der notwendigen Erklärungen wurden mit 90 und 94 Prozent als Hauptursachen für die schwierige Umsetzung des TVgG genannt.

Unfair durch Inkonsistenz

Auch aus Sicht der Nichtregierungsorganisationen liegt in der fehlenden Kontrolle die Krux des Ganzen: Um Mehraufwände akzeptieren zu können, müssen die Akteure das Gefühl haben, dass ihr Handeln etwas bewirkt. Doch schon bei der Erarbeitung der Rechtsverordnung (RVO), die die Vorgaben des Gesetzes konkretisiert, wurde deutlich, dass NRW die Vorreiterrolle in Sachen ökofaire Vergabe am liebsten wieder abgeben wollte. Die wichtige Nachweis- und Kontrollpflicht für Unternehmen wurde so weit heruntergeschraubt, dass zum Beispiel die Forderung nach Einhaltung der ILO-Normen allenfalls noch symbolischen Charakter besaß. Das Ziel des Gesetzes, einen fairen Wettbewerb zu schaffen, wurde damit verfehlt. Mit den laschen Vorgaben der RVO werden Unternehmen, die einen glaubwürdigen Nachweis zur Einhaltung der Arbeits- und Menschenrechte liefern, wie Siegel und Zertifikate, genauso behandelt wie Unternehmen, die einfach mit einem Kreuz auf einem Vordruck bestätigen, dass die ILO-Normen eingehalten werden.

Zahlreiche Forderungen der NROs, Kontrollen einzuführen oder, wo dies möglich ist, glaubwürdige Nachweise zu verlangen, wurden ignoriert und von Wirtschaftsministerium, Unternehmen und Kommunen mit Verweis auf noch mehr Bürokratie abgeschmettert. Die große Chance, sozial verantwortliches Unternehmenshandeln mit öffentlichen Aufträgen zu fördern, wurde damit vertan. Diese Inkonsistenz spiegelt sich in der Evaluation wider, wenn – zu Recht – im Hinblick auf bestimmte Vorgaben Skepsis gegenüber der Wirksamkeit des Gesetzes geäußert wird.

Neben diesem tatsächlichen Defizit stehen in der Evaluation aber auch widersprüchliche Aussagen, die den Eindruck erwecken, dass die Vergabestellen teilweise interessengeleitet gegen das TVgG geantwortet haben könnten oder sich zumindest haben beeinflussen lassen von der kritischen Stimmung. Dazu zwei Beispiele: Während Kommunen angaben, dass sich der Bieterkreis verkleinert hat, bewerben sich die Unternehmen nach eigener Aussage seit dem TVgG nicht seltener auf öffentliche Ausschreibungen. Dies deutet darauf hin, dass andere Gründe zu dem Rückgang führten, etwa konjunkturelle Schwankungen.

Ein weiteres widersprüchliches Ergebnis der Evaluierung ist, dass nach Aussage der Vergabestellen die Bieter Probleme haben, die Anforderungen des TVgG zu verstehen und sich korrekt zu bewerben. Die Unternehmen geben jedoch an, dass sie nicht überfordert seien. Es ist zu vermuten, dass auch hier die Ursachen nicht im TVgG liegen.

Kienbaum empfiehlt auf Grundlage der erhobenen Daten, die Ziele des Gesetzes nicht grundsätzlich in Frage zu stellen, sondern einiges zu korrigieren, u. a. die Effektivität durch stärkere Kontrolle der Kriterieneinhaltung zu erhöhen oder die Nachweis- und Dokumentationspflicht von Unternehmen zu entschlacken. Weitere Vorschläge sind der Ausbau von Informationsangeboten und die Schaffung einer Kompetenzstelle.

Forderungen der Zivilgesellschaft

Viele Empfehlungen von Kienbaum decken sich mit den Forderungen der NROs, die im von der Stiftung Umwelt und Entwicklung unterstützten zivilgesellschaftlichen „Bündnis für ökosoziale Beschaffung in NRW“ seit vielen Jahren in diesem Bereich arbeiten und eine große Expertise aufgebaut haben.

Das Bündnis hat kürzlich einen umfangreichen Empfehlungskatalog für die Landesregierung erarbeitet und fordert, auf Grundlage der Evaluierung, die unbedingte Einhaltung der

ILO-Kernarbeitsnormen sowie aller anderen im Gesetz vorgesehenen Kriterien zu Umwelt- und hiesigen Arbeitsstandards.

Da die Einhaltung internationaler Arbeitsrechte in den Lieferketten aber weiterhin mit Mehraufwand verbunden sein wird, sollte der Fokus der Novellierung nicht auf der von Kienbaum empfohlenen „Entschlackung“ liegen, sondern auf der Steigerung der Effektivität und der Schaffung eines wirklich fairen Wettbewerbs. Dies wird nur erreicht, wenn Kontrollmechanismen und Nachweispflichten konsequenter angewendet werden.

Es gibt genug „bürokratische Monster“ im alltäglichen Verwaltungshandeln, die reduziert werden könnten, ohne dass dies zulasten von Menschen hier und im globalen Süden geht. Das Ziel eines verantwortungsbewussten Konsums, der planetarische Grenzen, Ökologie und Soziales genauso in Betracht zieht wie den Preis, kann nicht von heute auf morgen erreicht werden und schon gar nicht ohne Aufwand. Aber es ist diesen Aufwand wert.

➔ Weitere Informationen, auch zur von der Stiftung geförderten Basiskampagne „Wie fair kauft meine Stadt?“: www.ci-romero.de/cora und unter www.weed-online.org (Suchwort: TVgG)



Johanna Fincke arbeitet seit 2008 als Referentin bei der Christlichen Initiative Romero e.V. (CIR) im Bereich internationale Arbeitsrechte und sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung. Sie ist Ansprechpartnerin für Zivilgesellschaft, Kommunen, Ministerien und Länder zur nachhaltigen Beschaffung von Textilien und Bekleidung.

Jenseits von Hollywood

Der 8. Eine-Welt-Filmpreis NRW

Der österreichische Film „Jakarta Disorder“ ist der Gewinner des diesjährigen Eine-Welt-Filmpreises NRW. Er entstand als Langzeitdokumentation zwischen 2009 und 2013. Der Film zeigt den Widerstand von Slumbewohnern am Rande der indonesischen Hauptstadt Jakarta gegen ein gigantisches Immobilien-Bauprojekt ausländischer Investoren, durch das sie aus ihren Hütten und Häusern vertrieben würden. Im Zentrum des Films stehen zwei sehr unterschiedliche Frauen, die zum Widerstand aufrufen. Letztlich sind es 1,5 Millionen Unterschriften der verarmten Bevölkerung, die einem politischen Forderungskatalog so viel Gewicht verleihen, dass der neue Gouverneur von Jakarta das Bauprojekt stoppen muss.

Für die Jury ist der Film „über Jakarta hinaus bedeutsam“. Er sensibilisiert für die „Verlierer von Globalisierung weltweit“, gleichzeitig vermittelt seine Botschaft „Handeln statt Klagen“ das Potenzial und die politische Relevanz organisierter Interessenvertretung, die scheinbare Ohnmacht überwinden könne.

Die Gewinner des Eine-Welt-Filmpreises werden alle zwei Jahre im Rahmen des „Fernsehworkshop Entwicklungspolitik“ ausgewählt. Die Preise (5.000, 3.000, 1.000 Euro)



Szene aus „Jakarta Disorder“, Gewinner des Eine-Welt-Filmpreises 2015

werden von der nordrhein-westfälischen Landesregierung gestiftet.

Auf Platz 2 landete in diesem Jahr „Aus meinem syrischen Zimmer“ (Frankreich/Libanon/Deutschland 2014). Der syrische Künstler Hazem Alhamwi erzählt darin sein Leben, von seiner Kindheit bis heute, und vor allem erzählt er von einem Land, in dem die Menschenrechte nicht mehr existieren. Platz 3 ging an die wissenschaftlich-historische Dokumentation „AIDS – Erbe der Kolonialzeit“ (Deutschland 2014). Regisseur Carl Gierstorfer begleitet Wissenschaftler aus Belgien, den USA und dem Kongo auf ihrer Suche nach den Ursprüngen des AIDS-Virus.

Der Fernsehworkshop Entwicklungspolitik

Die Arbeitsgemeinschaft Fernsehworkshop Entwicklungspolitik ist ein seit 1972 bestehender Zusammenschluss von Organisationen aus der Entwicklungszusammenarbeit, der interkulturellen Bildungsarbeit und dem Film- und Fernsbereich. Alle zwei Jahre stellt der Fernsehworkshop Filme vor, die sich mit entwicklungspolitischen Fragen auseinandersetzen

und sich an den Leitbildern der Einen Welt und des interkulturellen Dialogs orientieren.

2015 fand die Filmsichtung vom 11. bis 14. Juni in Frankfurt/Main statt. Filmschaffende und -kritiker sowie Fachleute aus der Entwicklungszusammenarbeit sahen 21 Film- und Fernsehproduktionen, die sich mit Nord-Süd-Themen, den politischen und sozialen Auswirkungen der Globalisierung, mit Arbeitsbedingungen auf dem Land und in der Stadt sowie mit Flucht und Migration beschäftigen.

Die beim Fernsehworkshop zusammen tretende Jury vergibt nicht nur Preise, sondern spricht auch Empfehlungen für Filme aus, die sich gut für die Bildungsarbeit eignen. Das sind 2015 „La Buena Vida“ (Deutschland/Schweiz/Kolumbien 2015), eine Dokumentation über die globalen Zusammenhänge von Kohleabbau, Umwelt- und Energiepolitik; „Die fliegenden Jungen von Gaza“ (Deutschland 2014) über eine faszinierende Jugendkultur inmitten eines repressiven Alltags; und „Durst“ (Deutschland 2014), eine Reise zu den Brennpunkten globaler Wasserknappheit.

➔ Weitere Informationen unter www.fernsehworkshop.de



Filmfestival „African Diaspora“

Spannende Veranstaltungsreihe in Köln

42 Filme von Regisseuren afrikanischer Herkunft aus fünf Kontinenten, 28 internationale Gäste, Diskussionen, Konzerte, Lesungen und Schulveranstaltungen – das bietet „African Diaspora Cinema“ vom 17. bis 27. September 2015 in Köln. Das Festival wird vom Verein Film-Initiativ Köln organisiert und von unserer Stiftung mit 50.000 Euro gefördert.

Auf dem Programm stehen Klassiker aus den 50er- und 60er-Jahren ebenso wie aktuelle

Filme, die sich mit Fluchtwegen aus Afrika nach Europa oder rassistischen Anschlägen in Italien und Deutschland beschäftigen. Begleitend dazu ist in der Zentralbibliothek die Ausstellung „Schwarz ist der Ozean“ zur Geschichte von (Zwangs-)Migration und Flucht zu sehen.

➔ Weitere Informationen unter www.filme-aus-afrika.de

8. Deutscher Nachhaltigkeitstag

Stiftung ermöglicht kostenlose Teilnahme

Auch in diesem Jahr beteiligt sich unsere Stiftung am Deutschen Nachhaltigkeitstag, der am 26. und 27. November in Düsseldorf stattfindet. Veranstalter ist die Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis. Wesentliche Inhalte des Nachhaltigkeitstages sind die Diskussion von Fragen nachhaltigen Wirtschaftshandelns und nachhaltiger Kommunalpolitik und die Präsentation guter Beispiele. Ziel unserer Kooperation ist es, zivilgesellschaftliche Organisationen stärker einzubinden und ihre Positionen sichtbar zu machen.

Der Nachhaltigkeitstag beginnt am 26. November um 19 Uhr mit der Preisverleihung des ersten „Next Economy Award“, der Deutsche Nachhaltigkeitspreis für Gründer. Beim Kongress am zweiten Tag wechseln sich Plenarblöcke und Foren ab. Themen sind u. a. Ressourcen-, Material- und Energieeffizienz, der Deutsche Nachhaltigkeitskodex, die Stadt der Zukunft und ihre Mobilität, die nationale Umsetzung der UN-Sustainable Development Goals und die Chancen der Klimaverhandlungen in Paris. Einer der Hauptredner ist Prof. Dr. Ottmar Edenhofer vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Ein mit unserer Stiftung entwickeltes Themenforum beschäftigt sich mit Unternehmensverantwortung in der Lieferkette am Beispiel der Baumwollproduktion.

Im Anschluss an den Kongress werden die Deutschen Nachhaltigkeitspreise vergeben, mit denen in verschiedenen Kategorien vorbildliche Unternehmen, Kommunen und Forschungseinrichtungen ausgezeichnet werden.

Durch unsere Beteiligung als institutioneller Partner können wir im Rahmen eines begrenzten Kontingents NRO-Vertretern aus Nordrhein-Westfalen eine kostenlose Teilnahme an der Eröffnungsveranstaltung und am Kongress ermöglichen. Wenn Sie daran interessiert sind, melden Sie sich bitte ab dem 21. September bei uns (Christel.Schwiederski@sue-nrw.de); Anmeldeschluss ist am 1. November.

➔ Mehr zum Kongressprogramm ab Mitte September unter www.nachhaltigkeitspreis.de



Mitmachen!

WeltWeitWissen-Kongress 2016

Wettbewerb der besten Projekte rund ums Globale Lernen

Vom 14. bis 16. April 2016 findet in Bonn der 6. Kongress „WeltWeitWissen“ statt, eine bundesweite Veranstaltung zum Globalen Lernen und zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Der Kongress wird alle zwei Jahre in einem anderen Bundesland veranstaltet, 2016 übernimmt das Eine Welt Netz NRW die Organisation. Unsere Stiftung unterstützt die Vorbereitung und Durchführung des Kongresses mit rund 43.000 Euro. Als thematische Schwerpunkte sind geplant:

- ➔ Internationale Konzepte wie die Sustainable Development Goals und Global Citizenship Education
- ➔ Umgang mit Medien und Bilderproduktion in der Bildungsarbeit
- ➔ Perspektiven von jungen Akteuren.

Ein zentraler Bestandteil des Kongresses ist der „Bildungsmarkt“: Hier können sich 25 ausgewählte Projekte vorstellen, von denen vier prämiert werden. Inhaltlich sollen sie zu den Schwerpunktthemen passen und Best-Practice-Charakter haben. Bei den ausgewählten Projekten werden Tagungsbeitrag, Fahrtkosten und Unterkunft für zwei Personen übernommen. Bewerben können sich Projekte aus dem ganzen Bundesgebiet.

Wir würden uns freuen, wenn beim Bildungsmarkt auch von unserer Stiftung geförderte Projekte dabei sind!

Bewerbungen müssen bis zum 1. November beim Eine Welt Netz NRW eingereicht werden.

➔ Infos und Bewerbungsformular zum Bildungsmarkt unter www.weltweitwissen2016.de

Schöner Wohnen in Leverkusen

Live im Web: Siebenschläfer in Meisenkisten

Quirlige Mieter für Luxusappartement gesucht: So heißt es auf der Internetseite des NABU Leverkusen unter der Rubrik „Angebote für Siebenschläfer“. Die so Angesprochenen ließen sich die Chance nicht entgehen. In einem Wald bei Leverkusen bezogen sie Meisenkisten, die von ihren Vormietern verlassen wurden. Seit Mitte Juni lässt sich das Leben der Siebenschläfer live auf der Internetseite www.nabu-leverkusen.de verfolgen – von der Geburt der nur 5 Gramm schweren Jungtiere bis zu den ersten eigenen Gehversuchen.



Siebenschläfer mit Jungen

Der NABU Leverkusen kümmert sich jedoch nicht nur um die Siebenschläfer, sondern macht auch Angebote für Schüler und Familien. Am Beispiel des putzigen Bewohners von natürlichen Wäldern und hochstämmigen Obstwiesen sollen Kinder und Jugendliche mehr über die Bedeutung der Artenvielfalt in unserer Region erfahren. „Die Kinder waren total fasziniert von dem spannenden Leben des geheimnisvollen Siebenschläfers und haben sich intensiv mit ihm und seinem Lebensraum beschäftigt“, so beschreibt Regine Kossler vom NABU Leverkusen die Erfahrungen bei den ersten Unterrichtseinheiten für Grundschüler.

Das im März 2015 gestartete, bundesweit einzigartige Projekt „Siebenschläfer – Bildung für Artenvielfalt“ dauert bis Ende 2016 und wird von unserer Stiftung mit rund 58.000 Euro gefördert.

Global lokal

25 Jahre ICLEI

1990 wurde das globale Netzwerk von Kommunen für nachhaltige Entwicklung in New York gegründet, zunächst als „International Council for Local Environmental Initiatives“ (ICLEI). 2003 beschlossen die Mitglieder auf ihrer alle drei Jahre stattfindenden Versammlung (Council) die Umbenennung in ICLEI – Local Governments for Sustainability. ICLEI hat maßgeblich dazu beigetragen, dass den Städten und Kommunen bei der Umsetzung der 1992 in Rio verabschiedeten Agenda 21 eine zentrale Rolle zugeschrieben wurde (und wird).

Weltweit kümmern sich 17 ICLEI-Regionalbüros um die Interessen der gut 1.000 Mitglieder. Das Weltsekretariat mit derzeit rund 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sitzt seit 2010 in Bonn. ICLEI engagiert sich auf mehreren Ebenen: Vor Ort werden Mitglieder und andere aktionsbereite Städte auf ihrem Weg zu mehr Nachhaltigkeit unterstützt. Darüber hinaus vertritt ICLEI die Kommunen in internationalen Gremien oder auf UN-Konferenzen. Zu den konkreten Angeboten von ICLEI gehören technische Beratung, Trainings, Kampagnen sowie Foren für den Erfahrungsaustausch.

Ein komplexes Arbeitsprogramm, viele Mit-

glieder mit unterschiedlichen Problemen und Voraussetzungen – wie lässt sich die Arbeit von ICLEI effizient organisieren und umsetzen? „Unsere Themen wie Lokale Agenda 21, Klimaschutz und Klimaanpassung, Trinkwasser oder nachhaltige Beschaffung sind über einen längeren Zeitraum gewachsen“, sagt Monika Zimmermann, stellvertretende ICLEI-Generalsekretärin. ICLEI setze dabei durchaus regionale Schwerpunkte und entwickle, in Kooperation mit lokalen Experten, spezifische Programme und Methoden für die jeweilige Kommune.

Auf dem diesjährigen ICLEI-Weltkongress in Seoul wurden zehn Themenfelder mit Zielen formuliert, die den beteiligten Kommunen als Leitbild auf ihrem Weg in die Nachhaltigkeit dienen sollen: Sustainable City Agenda, Low-carbon City Agenda, Resource-efficient & Productive City Agenda, Resilient City Agenda, BiodiverCity Agenda, Smart City Agenda, Eco-Mobile City (Sustainable Urban Mobility) Agenda, Happy, Healthy and Inclusive Communities Agenda, Sustainable Local Economy & Procurement Agenda, Sustainable City-Region Cooperation Agenda.

Für Monika Zimmermann hat ICLEI viel erreicht. „Die Kommunen werden in der Nachhaltigkeitsdebatte als relevante Akteure wahrgenommen, entschlossener beispielsweise im Klimaschutz als viele nationale Regierungen.“ Die Philosophie der Lokalen Agenda 21 sei heute auf allen Ebenen präsent, und die Expertise von ICLEI bei der Verankerung von Nachhaltigkeitsprinzipien in täglichen kommunalen Entscheidungsprozessen habe vielerorts konkrete Ergebnisse gebracht. „Wir haben unter anderem dazu beigetragen, dass der Gemeinderat von Nagpur, einer indischen Stadt mit rund 2,5 Millionen Einwohnern, einen Beschluss für den Ausbau der erneuerbaren Energien gefasst hat.“ Nagpur war ein Vorreiter, dem heute viele Städte in Indien folgen.

Monika Zimmermann betont jedoch auch die gewaltigen Herausforderungen, vor denen die Kommunen stehen: „Die ökologischen und sozialen Probleme wachsen oft schneller als das kommunale Handlungspotenzial.“ Dies betreffe vor allem die ökonomischen Ressourcen von Kommunen in Ländern ohne ein funktionierendes, institutionalisiertes System zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Auch sei es ICLEI bislang nicht gelungen, den Kommunen eine offizielle Stellung im UN-System zu verschaffen: „Deshalb erfahren viele Städte und Kommunen auch zu wenig Wertschätzung seitens ihrer nationalen Regierungen.“

Es gibt also noch viel zu tun für die Regionalbüros und das Weltsekretariat, das sich in Bonn angesichts der vielen internationalen Institutionen und Kontakte wohl fühlt. Auch seien kommunale Politik und Verwaltung sehr aufgeschlossen, betont Zimmermann – da wundert es nicht, dass der Bonner Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch im März 2015 in den ICLEI-Vorstand gewählt wurde.

➔ Weitere Informationen unter www.iclei.org



Foto: ICLEI



Foto: S. Kodukula

Mehr Platz für klimafreundliche Mobilität: Radweg im kanadischen Ottawa

Umgeblättert

Interessantes aus umwelt- und entwicklungspolitischen Zeitschriften



Auf einen Blick

Wer über alle relevanten Akteure im deutschen Naturschutz Bescheid wissen will, wer ihre Themen und Arbeitsschwerpunkte erfahren und über die zentralen Herausforderungen informiert werden will, für den geht kein Weg an der Sonderausgabe 2015 von **Natur und Landschaft** vorbei. Die mehr als 70 Seiten sind eine Leistungsschau der behördlichen und ehrenamtlichen Naturschutzarbeit – und sie ermutigen dazu, mitzumachen, sich vor Ort für den Erhalt von Umwelt und Natur zu engagieren.

Aus der aktuellen Ausgabe von **Natur und Landschaft** (Heft 8/2015) sei besonders der ausführliche Beitrag zum Großprojekt „Nachhaltige urbane Kulturlandschaft in der Metropole Ruhr“ empfohlen. Im Rahmen dieses vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Verbundvorhabens (2011–2014) arbeiteten fünf Universitäten und zahlreiche Wissenschaftler aus unterschiedlichen Disziplinen unter anderem zu den Perspektiven einer urbanen Landwirtschaft, zur Biomassenutzung und zur urbanen Biodiversität in einer Region, die sich in einem rasanten Wandel befindet.

Herausgeber von **Natur und Landschaft** ist das Bundesamt für Naturschutz. Die monatlich erscheinende Publikation ist die älteste Zeitschrift für Naturschutz und Landschaftspflege im deutschsprachigen Raum. Sie vermittelt wissenschaftliche und fachliche Grundlagen sowie Erfahrungen aus der Praxis.

→ Weitere Informationen unter www.natur-und-landschaft.de



Essen: Nicht nur Privatsache

„Essen und Kämpfen“ lautet das Motto der aktuellen Ausgabe von **zeozwei**. Im Fokus stehen die politischen, ökonomischen und ökologischen Dimensionen von Lebensmittelproduktion und Ernährung. Zu Möglichkeiten und Grenzen der Agrar- und Verbraucherpolitik äußert sich der Grünen-Fraktionsvorsitzende Anton Hofreiter, zu Fleischkonsum und Massentierhaltung der Mitbegründer der Biomarktkette Basic und gelernte Metzger Georg Schweisfurth. Weitere Themen sind zum Beispiel Bürgerinitiativen, die sich für Essen aus der Region engagieren, oder die Situation in Uganda, wo die Armut sinkt, aber die Unterernährung bleibt.

Regelmäßige Rubriken der **Zeozwei** sind Politik, Klimakultur, Leben & Essen und Neue Wirtschaft. Im aktuellen Heft schreibt u. a. Manfred Niekisch, Direktor des Frankfurter Zoos und Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung. Er beschäftigt sich mit dem Verlust der Artenvielfalt und dessen Auswirkungen auf den Menschen. Seine These: Wir müssen die Natur nicht vor, sondern für den Menschen schützen.

Zeozwei ist ein Magazin für Klimapolitik und Klimakultur, das seit 2013 im taz-Verlag erscheint und vorher von der Deutschen Umwelthilfe herausgegeben wurde. Es beschäftigt sich, in mehr oder weniger direktem Bezug zum Klimawandel, mit Aspekten der sozial-ökologischen Transformation, mit der Frage: Wie wollen wir zukünftig leben? Das 80-seitige Magazin erscheint vierteljährlich.

→ Weitere Informationen unter www.zeozwei.de



40 Jahre unabhängiges Mosambik

Nach einem zehnjährigen Befreiungskrieg unter Führung der Organisation FRELIMO gegen die Kolonialmacht Portugal wurde Mosambik im Juni 1975 als eines der letzten Länder Afrikas unabhängig. Doch schon kurz danach etablierten die rhodesischen und südafrikanischen Apartheid-Regimes die Organisation RENAMO. Sie führte einen von Terror begleiteten Krieg gegen die FRELIMO-Regierung, der sich zu einem der Stellvertreterkriege der beiden großen Machtblöcke entwickelte. Erst 1992 gelang es, den Krieg durch einen Kompromissfrieden zu beenden.

Lange Zeit gehörte Mosambik zu den ärmsten Ländern der Welt. In den letzten Jahren bewirkt der Rohstoffabbau einen wirtschaftlichen Boom, von dem allerdings nur wenige profitieren, hinzu kommen große ökologische Schäden. Mit der Entwicklung seit der Unabhängigkeit und der derzeitigen Situation des Landes und seiner Bevölkerung beschäftigt sich die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift **Südlink**. Ein Thema ist der Versuch von Kleinbauern und Genossenschaften, eine Agrarwirtschaft aufzubauen, die auf Ernährungssouveränität zielt. Mehrere Artikel beschäftigen sich mit den Verbindungen zwischen Mosambik und der DDR. Ein anderer Beitrag thematisiert die Nashornwilderei im Limpopo-Nationalpark.

Das Magazin **Südlink** erscheint vierteljährlich und wird von Inkota herausgegeben. Das Netzwerk wurde 1971 gegründet. Es unterstützt Projekte von Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen in Mittelamerika, Mosambik und Vietnam und engagiert sich in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland.

→ Weitere Informationen unter www.inkota.de

... dem Bundesfreiwilligen-Projekt des NABU NRW?



Fotos: NABU NRW

Eine Seerose ist eine Seerose ist eine Seerose ...

Im Juli 2011 wurde die Wehrpflicht in Deutschland abgeschafft und der Zivildienst durch den Bundesfreiwilligendienst (BFD) abgelöst. Experten aus dem Sozial- und Umweltbereich sahen darin eine Chance, denn durch die schrittweise Verkürzung des Zivildienstes auf am Ende sechs Monate war eine erfolgreiche Einarbeitung in oft komplexe Arbeitsbereiche kaum noch möglich. Der Bundesfreiwilligendienst sollte offen sein für Menschen jeden Alters und jeder Herkunft, die Dienstzeit zwischen mindestens sechs und maximal 24 Monaten betragen. Heute dauert sie meist ein Jahr.

Da der Natur- und Umweltschutz kaum Zivildienststellen angeboten hatte (bzw. diese nicht anerkannt wurden), kämpften der NABU und andere Umweltverbände intensiv darum, dass ihre Interessen beim neuen Bundesfreiwilligendienst berücksichtigt würden. Von den insgesamt 35.000 Einsatzstellen bundesweit entfallen heute 1.000 auf den Natur- und Umweltschutz. Diese werden von regionalen Zentralstellen betreut: 500 vom NABU, 400

vom BUND und 100 vom Förderverein für Ökologische Freiwilligendienste.

Der NABU-Landesverband NRW koordiniert und organisiert als Träger der Regionalstelle West – deren Geltungsbereich ganz Nordrhein-Westfalen sowie einen kleinen Teil des südlichen Niedersachsen umfasst – rund 120 Bundesfreiwillige in 65 derzeit aktiven Einsatzstellen. Weitere 39 Einrichtungen sind als Einsatzstellen offiziell anerkannt. „Seit 2011 haben wir mehr als 500 Freiwillige vermittelt“, sagt Joachim Vornweg, der die BFD-Regionalstelle West leitet.

Die meisten Einsatzstellen liegen bei den regionalen NABU-Gruppen. Dazu kommen Bio-

logische Stationen, Tierheime und Bildungseinrichtungen wie die Natur- und Umweltakademie NRW (NUA), aber auch der KlimaDiskurs NRW, die Tropenwaldstiftung OroVerde oder das Food First Informations- und Aktionsnetzwerk FIAN.

Joachim Vornweg betont die Qualität des Bildungsangebotes für diejenigen, die über die Regionalstelle West vermittelt werden: „Die Freiwilligen können Seminare und andere Angebote des NABU kostenfrei nutzen und werden durch die Regionalstelle intensiv betreut.“ Für ein möglichst breites Angebot kooperiert der NABU mit Partnern wie der NUA oder den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe.

Die Regionalstelle West gilt innerhalb des NABU als Erfolgsmodell, sagt Vornweg. Das sei nicht zuletzt auf die Förderung durch die Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW zurückzuführen. Obwohl sie nur 9.500 Euro betrug, ermöglichte sie gerade in der Aufbauphase eine rasche Professionalisierung der Arbeit. Die sei auch nötig, so Vornweg: „Der Andrang ist unvermindert hoch, wir haben mehr Bewerber als Plätze.“

➔ Weitere Informationen unter www.nrw.nabu.de/spenden-und-mitmachen/mitmachen/freiwilligendienst, www.freiwillige-im-naturschutz.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3434



Bodenproben und Schlammuntersuchungen: Bundesfreiwillige lernen, wie es geht.



Neu geförderte Projekte

16. Mai 2015 bis 15. August 2015
Fördervolumen: 937.763 €

Sie finden hier Kurzinformationen zu den Projekten,
ihrer Dauer, der Fördersumme und zum Förderbereich
(E = Entwicklung, I = Interkultur, O = Organisationsentwicklung,
U = Umwelt, Z = übergreifende Themen).

→ Weitere Informationen in der Projektdatenbank
auf unserer Internetseite www.sue-nrw.de

Globale Solidarität – vor Ort Bahnhof Langendreer – Soziokulturelles Zentrum e. V. Junge Leute werden durch Seminare und Exkursionen für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit ausgebildet.	1.10.2015–30.9.2016 E-4877 24.083 €	Neues Recycling Wiederverwendung Wiederverwendung – WIR e. V. Veranstaltungen und Materialien zum neuen „Ökologischen Abfallwirtschaftsplan“ des Landes NRW und den Umsetzungsbestimmungen.	15.3.2015–31.12.2015 U-3622 22.950 €
Bildungsarbeit für Migranten aus Bangladesch BASUG Diaspora and Development e. V. Einrichtung einer Internetseite und eines Newsletters und Workshops zu entwicklungspolitischen Themen für südasiatische Migranten.	15.6.2015–14.6.2016 E-4885 9.943 €	Info-Point mit Auenbiotop Wasserlauf – Stiftung für Gewässerschutz & Wanderfische NRW Einrichtung eines Info-Points an der Sieg zu Artenschutz und Gewässerprojekten; Anlage eines Auenbiotops.	1.7.2015–31.1.2016 U-3624 47.520 €
50 Jahre UN-Sozialpakt FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk Deutschland – FIAN e. V. Multiplikatorenschulung, Bildungsveranstaltungen und Aktionen zum 50-jährigen Bestehen des UN-Sozialpakts.	1.4.2015–31.12.2016 E-4895 56.380 €	Klimawelten Hilchenbach Klimabildungsstätte Südwestfalen e. V. Ausbau einer ehemaligen Grundschule zur Umweltbildungsstätte	1.5.2015–30.4.2017 U-3627 111.700 €
Menschen- und Arbeitsrechte im öffentlichen Einkauf Eine Welt Netz NRW e. V. Vernetzungs-, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung der öko-fairen öffentlichen Beschaffung in NRW.	1.7.2015–30.4.2017 E-4896 177.385 €	Lernort Quellbach Bergischer Naturschutzverein e. V. Kinder u. Erwachsene kartieren in NRW/dem Bergischen Land bestandsgefährdete Arten der Fließgewässerlibellen.	1.5.2015–30.10.2016 U-3630 15.100 €
Filmreihe African Diaspora Cinema FilmInitiativ Köln e. V. Film- und Veranstaltungsreihe zu Werken von Regisseuren mit afrikanischen Wurzeln, die Diasporathemen aufgreifen.	1.5.2015–31.12.2015 E-4902 50.000 €	oikos Heldentag „Sustainable Lifestyle“ oikos Paderborn e. V. Konferenz zum nachhaltigen Lebensstil für Studierende und andere Interessierte.	1.6.2015–1.8.2015 U-3637 1.357 €
Unterrichtsmodule des Globalen Lernens Welthaus Bielefeld e. V. Ausbau und Aktualisierung der Website www.Globales-Lernen-Schule-NRW.de , die Infos und Materialien für Lehrer anbietet.	1.7.2015–30.11.2015 E-4909 5.000 €	NatUrban Waldrutter e. V. Projekttage, um Kindern und Jugendlichen aus Großstädten die Natur vor der eigenen Haustür näherzubringen.	1.7.2015–31.12.2015 U-3638 4.800 €
Haben und Teilen Farbfieber e. V. Gestaltung eines Wandbilds zu Flucht/Migration und Armut/ Reichtum an einer Fassade in Düsseldorf.	15.10.2015–31.5.2016 E-4914 3.500 €	Naturschutztage am Rhein BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Dreitägiges Symposium zur Biodiversität am und im Fluss und der Bedeutung des Gewässerschutzes.	15.6.2015–15.2.2016 U-3641 5.000 €
Dossier zu „Zivilgesellschaft in China“ Stiftung Asienhaus Beilage zum entwicklungspolitischen Magazin „welt-sichten“: zivilgesellschaftliche Akteure in China im Bereich Entwicklungs- und Umweltpolitik.	29.6.2015–31.1.2016 E-4918 4.000 €	Altes Obst trifft junges Gemüse BINE Arbeitsgemeinschaft Bildung für Nachhaltige Entwicklung e. V. Organisation eines Obstwiesen- und Apfelfestes, um über die Bedeutung von Streuobstwiesen und Biodiversität zu informieren.	10.8.2015–30.11.2015 U-3642 4.990 €
AKWAABA! – Kulturfestival 2015 Deutsch-Afrikanische Kooperation e. V. Eintägiges Kulturfestival, um die Vernetzung und Partizipation der afrikanischen Diaspora im Raum Köln-Bonn zu stärken.	1.8.2015–30.9.2015 I-6123 5.000 €	Faire Moschee FSI Forum für soziale Innovation gGmbH Qualifizierungsreihe und Kampagne, um Moscheegemeinden in NRW zu motivieren, sich für Umweltschutz und Fairen Handel zu engagieren.	1.5.2015–30.4.2017 Z-5310 77.341 €
Ein Jahr – Eine (Um)Welt Multikulturelles Forum e. V. Im Rahmen seines interkulturellen Programms führt der Projektträger Angebote zur Umweltbildung ein.	1.8.2015–31.7.2016 I-6125 5.000 €	Praxisbausteine Ernährung und Nachhaltigkeit Netzwerk e. V. – Soziale Dienste und Ökologische Bildung Entwicklung und Erprobung von museumspädagogischen Angeboten, in Kooperation mit dem Freilichtmuseum Lindlar.	1.7.2015–30.6.2017 Z-5313 109.100 €
Organisationsentwicklung Freundeskreis Zentralamerika e. V. Organisationsberatung mit den Schwerpunkten Strategieentwicklung und Kommunikation.	1.7.2015–31.10.2016 O-2326 8.428 €	Gib's ein Leben nach dem Müll? Service Civil International Deutscher Zweig e. V. In- und ausländische Multiplikatoren veranstalten Bildungseinheiten an Schulen zu Konsumverhalten, Müllproduktion und -entsorgung.	13.4.2015–12.2.2016 Z-5315 30.000 €
Plastiktütenfreie Stadt Billerbeck IBP – Interkulturelle Begegnungsprojekte e. V. Befragung von Händlern, Aktionen und Schulworkshops, um den Verbrauch von Plastiktüten zu reduzieren.	12.6.2015–31.7.2016 U-3602 79.531 €	Diskussionsreihe „Vom Süden lernen“ Ecomujer e. V. Veranstaltungen mit Gästen aus Lateinamerika zur Rolle der urbanen Agrikultur bei der Erreichung der Sustainable Development Goals.	15.6.2015–1.11.2015 Z-5320 9.416 €
SAVE OUR PLANET OroVerde – Die Tropenwaldstiftung Neuaufgabe einer Kampagne und eines Wettbewerbs, die für Recyclingpapier an Schulen werben; Entwicklung und Erprobung von Unterrichtsmaterialien.	1.10.2015–31.12.2016 U-3614 65.239 €	„FAIRstival“ – ein faires Festival in Bielefeld Welthaus Bielefeld e. V. Veranstaltung zu nachhaltigem Konsum, Fairem Handel und Umweltschutz.	15.5.2015–31.7.2015 Z-5322 5.000 €



Ausstellung und Broschüren Inklusive menschenwürdige Arbeit

Menschen mit Behinderung sind weltweit überproportional von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen, da ihnen häufig der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt bleibt. Mit dem Programm „Menschenwürdige Arbeit“ unterstützt der Essener Verein „Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit“ (bezev) engagierte Personen, die sich für menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderung einsetzen. Ein Angebot ist die Wanderausstellung „world wide work – Bekommen wir, was wir verdienen?“. Sie vermittelt Basisinformationen und zeigt, wie Menschen mit und ohne Behinderung in aller Welt ihren Lebensunterhalt verdienen. Außerdem hat bezev eine Broschüre entwickelt „Inklusive menschenwürdige Arbeit weltweit durchsetzen“. Die Broschüre ist auch in Leichter Sprache erhältlich und als CD für Sehbeeinträchtigte und Blinde. „Menschenwürdige Arbeit“ ist Teil des Projektes „Entwicklung zukunftsfähig inklusiv gestalten ‚Work & Water‘“, das unsere Stiftung mit rund 64.000 Euro fördert.

→ Informationen und Bestellung unter www.bezev.de, Rubrik: Werden Sie aktiv!

Workshops der Stiftung Von Antrag bis Abrechnung

Ist meine Organisation antragsberechtigt? Welche Informationen muss der Förderantrag enthalten? Wie mache ich eine Projektabrechnung? Diese und weitere Fragen beantworten wir Ihnen in unseren Antragstellerworkshops (nächster Termin: 9. Dezember). Die Veranstaltung findet in den Räumen unserer Stiftung statt und dauert von 10 bis 17 Uhr.

→ Bitte senden Sie Ihre Anmeldung per Post oder Fax an uns oder per E-Mail an marion.ostermann@sue-nrw.de.

Ihre Anmeldung ist erst mit schriftlicher Bestätigung gültig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, die Teilnahme ist kostenfrei.

Kampagne Change Your Shoes

Die Missstände in der Bekleidungsindustrie haben inzwischen traurige Berühmtheit erlangt. Weniger bekannt ist, dass Ähnliches für die Leder- und Schuhproduktion gilt, die ebenfalls zum größten Teil in Asien erfolgt. Auch hier sind Arbeitsbedingungen und Löhne miserabel und Sicherheitsvorkehrungen eine Rarität. Meist wird das Leder mit Chromsalzen gegerbt, obwohl dies hohe Risiken für Mensch und Umwelt birgt.



Mit der neuen Kampagne „Change Your Shoes“ wollen das Südwind-Institut und das Inkota-Netzwerk Konsumenten informieren und dazu beitragen, die sozialen und ökologischen Bedingungen in der globalen Leder- und Schuhindustrie zu verbessern. An der Kampagne beteiligen sich 18 Organisationen aus Europa und Asien.

→ Informationen und Materialien finden sich auf den Internetseiten der Organisationen, z. B. bei Südwind das Fact-Sheet „Wo der Schuh drückt – Auswirkungen des globalen Schuhhandels auf Preise, Löhne und Arbeitsbedingungen“. www.suedwind-institut.de/change_yourshoes und www.inkota.de/change-your-shoes

Tagung Neue Entwicklungsziele umsetzen

Am 17. und 18. November findet das alljährliche Bonn Symposium der Stiftung Entwicklung und Frieden statt. Im Zentrum stehen die neuen internationalen nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs). Die Veranstalter wollen die Akteure der lokalen Ebene (Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft) über Chancen und Herausforderungen der SDGs informieren und Strategien und Instrumente zur Umsetzung diskutieren. Veranstaltungsort ist das Haus der Deutschen Welle.

→ Weitere Informationen unter www.sef-bonn.org



Broschüre Leitfaden Umweltkommunikation

Wie gelingt es, Menschen für Nachhaltigkeit oder Umweltschutz zu interessieren? Was macht Themen für den einen spannend, für den anderen total langweilig? Im Rahmen des von unserer Stiftung geförderten Projektes „Green movie. Green media.“ entwickelte die Tropenwaldstiftung OroVerde neue Ansätze für eine wertorientierte und typenspezifische Umweltkommunikation. Entstanden sind dabei zum Beispiel Unterrichtsmaterialien und von Schülern und Studierenden gedrehte Filmclips. Die neueste Publikation ist ein Leitfaden „Limbic® Map & Motivationsprofile – Neue Ansätze für die Nachhaltigkeitskommunikation“. Er erklärt, wie Erkenntnisse der Hirnforschung genutzt werden können, um neue Zielgruppen zu gewinnen.

→ Bestellung und Download unter www.regenwald-schuetzen.org

Impressum

Ausgabe September 2015 | ISSN 2196-9507



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Kaiser-Friedrich-Straße 13, 53113 Bonn
Telefon 0228.24 33 50, Fax 0228.24 33 522
info@sue-nrw.de
www.sue-nrw.de

V.i.S.d.P. Eberhard Neugebhorn
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Auffassung der Stiftung wieder.
Redaktion: Bernd Pieper, Christel Schwiederski
Gestaltung: art_work_buero, Köln
Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn



Mit der Ausgleichszahlung für die CO₂-Emission wird ein Energieeffizienz-Projekt in Nordrhein-Westfalen unterstützt. Gedruckt auf Inapa Oxygen silk, FSC-zertifiziert, aus 100% Altpapier

Die nächsten „Resultate“ erscheinen im Dezember 2015. Auf Wunsch verschicken wir den Rundbrief auch per E-Mail als PDF-Datei. Bitte schicken Sie dazu – oder auch bei einer Abbestellung – eine E-Mail an resultate@sue-nrw.de